Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Freitag, 18. März 1921

Nummer 129 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Berlin Straße 3-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zum 50. Jahrestag der Pariser Kommune

I.

Am 4. September 1870 stürzten die Pariser Arbeiter durch eine unblutige Demonstration das schmutzbesudelte Kaiserreich Napoleons III., das bei Sedan ruhmlos vor den Deutschen kapituliert hatte. Die kleine bürgerliche Opposition in der Gesetzgebenden Körperschaft — dieses gefälschten napoleonischen Parlaments — proklamierte die Republik und schuf eine provisorische Regierung, bestehend aus bürgerlichen Liberalen und dem bei den Arbeitern populären, mit dem Sozialismus sympathisierenden, demokratischen Journalisten Rochefort.

Auf den Schultern der Pariser Arbeiter erhoben sich nun wieder die Vertreter jener Partei zur Macht, die sich schon in der Republik des Jahres 1848 als treue Beschützerin der allgemeinen Interessen aller besitzenden Klassen gegenüber den besitzlosen Klassen gezeigt hatten. Aber diese neue Regierung bildete sich im Namen der „nationalen Verteidigung": sie übernahm die Aufgabe, das Land vor der deutschen Armee, die sich Paris näherte, zu verteidigen und annehmbare Friedensbedingungen zu erzielen. Aus diesem Grunde war das Pariser Proletariat, bei all seinem Mißtrauen zu den gemäßigten Republikanern, bereit, ihre Herrschaft hinzunehmen. Karl Marx, als Leiter der sozialistischen Internationale, betrachtete es als die Pflicht der Sozialisten, die „Regierung der nationalen Verteidigung" zu unterstützen und die neugewonnene politische Freiheit zur Schaffung fester Klassenorganisationen auszunutzen.

Die Hitzköpfe in den Kreisen der Pariser Revolutionäre wollten sich aber um so weniger mit einer solchen Politik aussöhnen, als die Gründung der Nationalgarde der Bevölkerung jene Waffen in die Hand gab, mit deren Hilfe ein Umsturz leicht durchgeführt werden konnte, zumal der Klassencharakter der Regierung Thiers' und Jules Favre's selbst das Werk der „nationalen Verteidigung" unvermeidlich hemmte. Denn aus Furcht vor dem Proletariat war die Bourgeoisie bestrebt, in ihrem Kampf gegen Deutschland die Anwendung solcher Mittel zu vermeiden, die die revolutionäre Stellung der Arbeiterklasse verstärken konnte. Die proletarische Nationalgarde wurde in ungenügendem Maße ausgenutzt, ihr wurden jene populären Führer verweigert, die ihren Enthusiasmus hätten steigern können, und gegenüber den Spekulanten, die sich am Kriege bereicherten, ebenso wie gegenüber den Staatsmännern des gestürzten Kaiserreichs beobachtete die republikanische Regierung eine wohlwollende Duldsamkeit.

Die Vertreter der extremsten revolutionären Strömung jener Zeit, die Blanquisten, unternahmen deshalb einige Versuche, die republikanische Regierung zu stürzen und sich durch einen Putsch in den Besitz der Regierungsgewalt zu setzen. Der bedeutendste dieser Versuche wurde am 31. Oktober unternommen, wo für die Dauer einiger Stunden mit Hilfe zweier Bataillone eine neue Regierung mit Blanqui an der Spitze im Rathaus proklamiert wurde. Aehnliche Versuche, die mit demselben Mißerfolg endeten, wurden im Januar 1871 wiederholt, als die provisorische Regierung, entgegen ihren stolzen Ankündigungen, daß Paris sich nicht dem Feind ergeben werde, mit Bismarck in Unterhandlungen wegen der Uebergabe trat.

Die Pariser Arbeiter waren nicht ganz im Recht, als sie die Schuld an der endgültigen Niederlage im Kriege, die durch den Zusammenbruch bei Sedan vorausbestimmt war, der provisorischen Regierung zuwiesen. Diese Regierung beschloß ihre Existenz umgeben von der allgemeinen Verachtung. Inzwischen hatten die Wahlen zu der Nationalversammlung, die die Frage des Friedensschlusses zu entscheiden hatte, die reale Staatsgewalt noch mehr nach rechts verschoben. Der französische Bauer, der zum erstenmal nach zwanzig Jahren die Möglichkeit erlangt hatte, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts frei seinen Willen kundzutun, nutzte dieses Recht aus, um dem Wunsche nach einem „sofortigen Frieden um jeden Preis" Ausdruck zu verleihen. Da aber die Republikaner und die Sozialisten Napoleon III. im Namen der „nationalen Verteidigung" gestürzt hatten und die Fortführung des Krieges bis zu dem Zeitpunkt verlangten, wo Deutschland einen gerechten Frieden annehmen würde, so gaben die französischen Bauern und Kleinbürger ihre Stimmen allen möglichen reaktionären, monarchistischen und klerikalen Parteien ab, die den Frieden zu ihrer Parole gemacht hatten.

Die in Versailles zusammengetretene Nationalversammlung nahm vom ersten Tage an eine feindselige Stellung gegen Paris ein, das, seit vier Monaten vom übrigen Frankreich abgeschnitten und mit bewaffneten Arbeitern, sowie mit revolutionisierten Soldaten überfüllt, einem überhitzten brodelnden Kessel glich.

Die Entwaffnung von Paris und seine Unterordnung unter die allgemeinen Verwaltungsvorschriften wurden nun zur Kampfparole der bürgerlichen Gegenrevolution.

Die Pariser Massen fühlten, daß sie in die Defensive gedrängt waren. Das aus den Vertretern der Nationalgarde gebildete Komitee und die Pariser Sektion der Internationale waren in gleicher Weise bestrebt, jeden Putsch, jede unbesonnene Aktion zu verhindern, die der Reaktion den erwünschten Vorwand geliefert hätte, gegen Paris zu marschieren.

Um einen Konflikt zwischen Paris und der Nationalversammlung zu vermeiden, verlangten die bürgerlichen Demokraten, zu denen damals auch George Clemenceau gehörte, daß Paris die volle städtische Autonomie zurückerlange, die es ebenso wie die anderen Großstädte, unter der Herrschaft der napoleonischen Bureaukratie eingebüßt hatte. Aber die reaktionäre Mehrheit in der Versailler Versammlung lehnte jeden Gedanken an ein Kompromiß ab: das „gottlose" revolutionäre Paris sollte um jeden Preis zum Gehorsam gezwungen und unter die despotische Verwaltung der Beamten und der Generale der Versailler Regierung gestellt werden.

In der Nacht zum 18. März machten die Militärbehörden den Versuch, durch einen plötzlichen Angriff der Pariser Nationalgarde ihre Kanonen zu stehlen. Der Versuch misslang. Die Soldaten schlossen sich der Nationalgarde an und schossen den sie befehligenden General nieder. Die erschreckten Behörden und die Vertreter der Großbourgeoisie verließen fluchtartig Paris, und die Nationalgarde erwies sich als Herrin der Lage.

Der einzige revolutionäre Akt, den das Komitee der Nationalgarde in dieser Situation unternahm, war die Ausschreibung allgemeiner Wahlen zur Pariser Kommune, die als Verwaltungsorgan von Paris dienen sollte. Auf diese Weise führte das Pariser Proletariat, das bei der Nationalversammlung ein Munizipalgesetz nicht durchzusetzen vermochte, dieses Gesetz aus eigener Initiative ein. Die ganze Bewegung trug den Charakter des Kampfes der freien örtlichen Selbstverwaltung gegen den bureaukratischen Zentralismus des Staates. Selbst die radikalen Elemente der Bourgeoisie machten von ihrer Sympathie für diesen Kampf kein Hehl. Sie versuchten noch eine Zeitlang, Konzessionen für Paris in Versailles zu erlangen, und zogen sich erst dann zurück, als der weitere Verlauf der Ereignisse, der die Beziehungen zwischen den beiden Lagern verschärfte, den Konflikt in das Gebiet des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat übertrug.

II.

Das bekannte Mitglied der ersten Internationale, J. Guillaume, erzählt, daß das Komitee der Jura-Föderation bei der ersten Nachricht über den Pariser Aufstand einen Delegierten dorthin entsandte, um von den Führern der Bewegung zu erfahren, welche Art Unterstützung sie von den Genossen in den anderen Ländern erwarteten. Aber Eugen Verlain, einer der einflußreichsten Führer der Pariser Arbeiter, antwortete den Delegierten, daß die Bewegung das rein örtliche Ziel der Eroberung munizipaler Freiheiten für Paris verfolge und deshalb nicht als Ausgangspunkt für eine internationale Revolution dienen könne. (J. Guillaume, L'Internationale, Souvenirs et Documents, II, 133.) So unklar erschienen anfangs die Ziele der Bewegung selbst ihren weitblickenden Teilnehmern.

Als aber die Wahlen zur Pariser Kommune, die in Abwesenheit oder bei Wahlenthaltung eines bedeutenden Teiles der Bourgeoisie vor sich gingen, den Arbeitern und den Führern der revolutionären Verbände eine ungeheure Mehrheit gaben, und als gleichzeitig die Versailler Regierung eine Hetze gegen die Pariser Bewegung eröffnete, die sie als Aufstand der Arbeiter gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, als Erhebung gegen „Eigentum, Familie, Ordnung und Staat" kennzeichnete, wurde es den Pariser Kämpfern klar, daß die Logik des politischen Kampfes den Sinn jenes einfachen Aktes der Selbstverteidigung erweitert hatte, den die Bewegung vom 18. März darstellte.

Indem sie sich nun der Bewegung der Pariser Arbeiter des Jahres 1848 und der letzten Jahre des Kaiserreiches anschlossen, proklamierten sie als ihr Endziel die soziale Befreiung der arbeitenden Klassen. Und in der Beseitigung der bürgerlichen Staatsgewalt in Paris sahen sie nun nicht allein die Eroberung munizipaler Freiheiten im gegebenen Staate, sondern das Mittel der Befreiung von jeglichem Klassenstaat.

Die proudhonistischen Anschauungen, die zu jener Zeit in den vorgeschrittenen Kreisen der Pariser Arbeiter vorherrschend waren, machten eine derartige Auslegung des Sinnes des Pariser Aufstandes für die Revolutionäre am annehmbarsten.

Nach den Lehren der Proudhonisten ist das „natürliche" gesellschaftliche Band, das sich aus der ökonomischen Notwendigkeit ergibt, durch den künstlichen Zwang verletzt, der in den verschiedenen Formen des Staates zum Ausdruck kommt. Die Arbeiter müssen deshalb die gesellschaftliche Wirtschaft vom Staate befreien, um eine freiwillige Vereinigung der Produzenten zu schaffen. Die Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsgewalt in Paris müsse den Auftakt zu einer solchen Revolution bilden.

„Was fordert Paris?" schrieb die Kommune in ihrem Aufruf vom 19. April. Die Antwort lautete: „Volle Autonomie der Kommune, ihre Ausdehnung auf alle Ortschaften Frankreichs, Sicherung ihrer unantastbaren Rechte, Schutz aller Fähigkeiten und Talente der Franzosen als Menschen, Bürger und Arbeiter. Die Autonomie der Kommune wird durch die gleiche Autonomie aller anderen Kommunen eingeschränkt, deren Vereinigung die Einheit Frankreichs sichern wird."

Auf diese Weise wurde das Programm der Bewegung, die Zergliederung des modernen Staates in selbständige örtliche Kommunen, aufgestellt, die sich freiwillig zu einem Verband gleichberechtigter Kommunen zusammenschließen.

Im Einklang mit diesem Programm konstituierte sich die Pariser Kommune als rein örtliches Organ, ohne auf die Rolle einer provisorischen Regierung in jener Revolution Anspruch zu erheben, zu der sie alle Städte und Dörfer Frankreichs aufrief. Ihre Beziehungen zur Provinz sollten von einem speziellen Komitee geregelt werden, während alle übrigen Sektionen, in die die Kommune zerfiel, nach wie vor als Organe der örtlichen Verwaltung funktionierten.

Die beliebteste Bezeichnung für die Pariser Bewegung war denn auch der Ausdruck „Föderalistische Bewegung". Ein hervorragender Führer der Kommune, Artur Arnould, erklärte in seiner „Volksgeschichte der Kommune", daß „jede autonome Gruppe auf ihrem eigenen Gebiet die soziale Frage lösen müsse, das heißt die Frage über die Form des Eigentums und die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital".

Diese Vorstellung über die politischen Formen, in denen sich die soziale Befreiung der Arbeiterklasse vollziehen sollte, stand im Widerspruch mit der damals bereits erreichten Stufe der Zentralisation der Volkswirtschaft. Hätte die Kommune länger existiert, als ihr beschieden war, so hätten sich die Grenzen der so aufgefaßten Autonomie als unüberwindliches Hindernis für die Verwirklichung der ersten sozialen Reformen erwiesen, die gegen den Kapitalismus gerichtet waren. Die Kommune kam aber nicht einmal zu diesen Versuchen. Die erstarkte Versailler Gegenrevolution, die die Unterstützung Bismarcks fand, unterdrückte die Bewegung, die in einzelnen Provinzstädten ausbrach, und konzentrierte eine ungeheure Armee, geführt von den reaktionärsten napoleonischen Generälen, gegen Paris. Nach einer erbitterten Gegenwehr trug die „Ordnung" den Sieg davon, und eine der fürchterlichsten Orgien des weißen Terrors setzte ein. Tausende wurden erschossen, Zehntausende im Verlauf von zehn Jahren allen möglichen Qualen in den Zuchthäusern ausgesetzt. Zahlreiche Personen, die vor der Rache der Sieger flüchteten, gingen freiwillig in die Verbannung. Noch einmal war die proletarische Revolution im Blute erstickt.

III.

Im Gedächtnis des internationalen Proletariats lebt die Kommune als heldenhafter Versuch der Pariser Arbeiter fort, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie abzuwerfen und eine Republik der Arbeit zu gründen. In den nachfolgenden Jahrzehnten der Befestigung der von der Bourgeoisie geschaffenen Nationalstaaten, in denen das Proletariat Schritt um Schritt seine politischen und sozialen Machtpositionen gegenüber der zunehmenden Macht des Kapitalismus erobern mußte, erinnerte die Pariser Kommune an jenen unvermeidlichen Bruch der geschichtlichen Entwicklungsreihe, wo das Proletariat, gestützt auf seine gesammelte Kraft und Organisation, in der Lage sein würde, jene Aufgabe zu verwirklichen, der die Pariser Arbeiter am 18. März 1871 gegenüberstanden.

Die Zentralisierung des Wirtschaftslebens hat in dem verflossenen halben Jahrhundert weitere riesenhafte Fortschritte gemacht, und die wechselseitigen ökonomischen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern sind in derselben Zeit noch weit enger geworden. Wenn der isolierte Umsturz in Paris im Jahre 1871 zur Niederlage verurteilt war, so kann gegenwärtig die sozialistische Umgestaltung im allgemeinen nur in dem Falle durchgeführt werden, wenn die Revolution mindestens eine Reihe der vorgeschrittenen Staaten ergreift. Die Ausartung der sozialen Revolution in Rußland kann als Bestätigung dieses Satzes angesehen werden.

Indessen entspricht den gesteigerten Schwierigkeiten der sozialen Umwälzung eine um vieles gesteigerte Macht und zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse, die in den vorgeschrittensten Ländern bereits die Mehrheit der Bevölkerung bildet; ihr entspricht auch ein höherer Grad des Bewußtseins der Arbeiterklasse, der sich jene proletarische Schicht der Kopfarbeiter anschließt, ohne deren Mitwirkung die komplizierte Aufgabe der Organisation der Produktion auf neuen Grundlagen undenkbar ist. Gleichzeitig macht die Weltbourgeoisie

ungeachtet ihres gesteigerten Reichtums und der Zunahme ihrer Macht, eine Periode des inneren Zerfalls und der Zersetzung durch. Die Bourgeoisie hat die Gewalt über die von ihr ins Leben gerufenen gigantischen Produktionskräfte verloren: in ihrem Konkurrenzkampf um den Profit hat sie die Menschheit in den fürchterlichsten aller Kriege getrieben und durch einen nicht minder furchtbaren Frieden jene Bedingungen geschaffen, die die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens auf Schritt und Tritt hemmen oder die diesen Wiederaufbau nur um den Preis der schwersten Opfer ermöglichen, die die revolutionäre Gärung der Volksmassen nähren.

Wie langsam sich unter diesen Umständen auch der geschichtliche Prozeß entwickelt, sein Endpunkt steht außer allem Zweifel: das Proletariat geht vorwärts zur Eroberung der politischen Macht.

Marx hat die Pariser Kommune als „Diktatur des Proletariats" bezeichnet. Und er erläuterte diesen Gedanken, indem er darauf hinwies, daß die proletarische Diktatur darin verwirklicht war, daß die halbproletarischen und kleinbürgerlichen Elemente von Paris, die durch die Krise des Krieges und den Zusammenbruch des napoleonischen Kaiserreichs revolutioniert waren, zum ersten Male das Pariser Proletariat als ihren natürlichen Führer im Kampfe gegen die Mächte der alten Gesellschaft anerkannten und bereit waren, mit seiner Führung auch sein Programm zu akzeptieren.

Die gegenwärtige Krise der ganzen bürgerlichen Gesellschaft schafft die Voraussetzungen für eine ähnliche Gruppierung der gesellschaftlichen Kräfte, ohne die eine erfolgreiche proletarische Revolution unmöglich ist. Der Kapitalismus ist zwar imstande, einzelne Schichten der halbproletarischen und kleinbürgerlichen Klassen an sich zu fesseln, aber letzten Endes ist er dazu verurteilt, diese Schichten in das Lager der Unzufriedenen zu treiben. Langsam, sehr langsam schreitet dieser Prozeß vorwärts, und die innere Lage der Arbeiterklasse, die durch die fehlerhaften Schritte ihrer einzelnen Schichten gespalten und geschwächt wird, verlangsamt diese Entwicklung noch mehr. Und dennoch ist der Sieg unser! Das internationale Proletariat, das jetzt fast auf der ganzen Linie in die Defensive gedrängt ist, wird jene innere Arbeit der Selbstkritik vollbringen, mit deren Hilfe es sich sowohl von national-reformistischen wie von blanquistisch-anarchistischen Illusionen befreien und durch Wiederherstellung einer einheitlichen Kampfesfront eine der grundlegenden Bedingungen seines Endsieges schaffen wird.

Der Schlag, den Bismarck und Bonaparte gegen die europäische Zivilisation führten, gebar die Pariser Kommune. Aus dem Weltkrieg jedoch, den die imperialistische Bourgeoisie selbstmörderisch entfesselte, wächst jene große Bewegung des Weltproletariats empor, die zum Sieg der Ideale führen wird, in deren Namen die Kämpfer des Jahres 1871 sich erhoben und ihr Leben hingegeben haben.

L. Martow.

Die französische Kammerdebatte

Clemenceaus Minister sprechen

EE. Paris, 17. März.

Der erste Teil der heutigen Kammersitzung gehörte der weiteren Beratung der Interpellationen über die Londoner Konferenz. Er wurde von den Reden zweier ehemaliger Minister ausgefüllt. Der Finanzminister im Kabinette Clemenceau, Klotz, erklärte, Frankreich werde aus der Erhebung der in London beschlossenen 50 Prozent Ausfuhrabgabe wenig Vorteil finden. Die Abgabe werde nur dazu führen, daß die deutschen Waren über das neutrale Ausland in die alliierten Länder gelangen. Klotz fordert von der Regierung eine bestimmte Erklärung, daß die Abmachungen von Paris nicht mehr bestehen und man wieder auf den Versailler Friedensvertrag zurückgekommen sei. Er gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der jetzige Finanzminister Doumer im Finanzausschuß erklären konnte, daß Frankreich für die Durchführung von Verpflichtungen Deutschlands bereits 40 Milliarden vorgestreckt habe. Der Friede von Versailles gab Frankreich ein Vorzugsrecht auf die Besitznahme des gesamten deutschen Eigentums. Wenn Frankreich besiegt worden wäre, so hätte kein einziger Deutscher es geduldet, daß nur ein französischer Rentner einen Kupon eingelöst hätte, ehe Frankreich nicht die ihm auferlegte Entschädigung bezahlt haben würde.

Nach Klotz sprach der Kriegsminister im Kabinette Millerand, Lefevre, der sagte, daß die Revision des Versailler Vertrages jetzt im Gange sei. Die Regierung müsse dafür eintreten, daß man neue Bedingungen stelle, durch welche Frankreich größere Sicherheiten dafür erlangen werde, daß Deutschland nicht die Möglichkeit habe, seine Militärmacht wiederherzustellen. Insbesondere müsse eine Kontrolle über die Herstellung deutschen Kriegsmaterials gefordert werden. Lefevre versichert, daß in Deutschland Maschinengewehre, Unterseeboote und Geschütze hergestellt würden. Seine Rede fand stürmischen Anklang in der Kammer.

Vertrauensvotum für Briand

Paris, 17. März.

Die Kammer genehmigte mit 451 gegen 70 Stimmen einen Vertrauensantrag für das Ministerium Briand.

Die neue Zollgrenze am Rhein

Am Donnerstag vormittag fand in Berlin eine Beratung der Vertreter der industriellen, wirtschaftlichen und sozialen Interessenverbände des neu besetzten und des besetzten Gebietes und des parlamentarischen Beirats für die besetzten rheinischen Gebiete mit der Reichsregierung? dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und Vertretern der rheinischen Verwaltungsbehörden statt. Die Ausführungen des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, von Starck, galten insbesondere der eingehenden Schilderung der technischen Durchführung der Zollabgabe durch die Ententebehörden, denen für die einzelnen Abteilungen auch je ein deutscher Beamter beigegeben werden soll. Von allgemeinem Interesse ist folgendes:

Die neue Zollgrenze beginnt 10 Kilometer nördlich Hamborn am Rhein und läuft von etwa 12 Kilometer östlich des Rheins bis zum Brückenkopf Köln. Sie schließt die Städte Osterfeld, Oberhausen und Mülheim a. Ruhr ein. Essen bleibt etwa 4 Kilometer östlich der Zollgrenze. Auch die Städte Elberfeld und Barmen bleiben außerhalb der Zollgrenze. Von da ab verläuft sie vermutlich an der Ostgrenze der Brückenköpfe. Ob die zwischen den Brückenköpfen liegenden Gebiete in die Zollgrenze einbezogen werden, ist noch unbestimmt. Jedenfalls wird der Raum zwischen den Brückenköpfen Köln und Koblenz freigelassen, während der sogenannte Flaschenhals zwischen den Brückenköpfen Koblenz und Mainz einbezogen werden wird. Es läßt sich aber annehmen, daß sich die Verhältnisse folgendermaßen gestalten werden:

Die neue Zollgrenze im Osten des besetzten Gebietes wird vermutlich an der Ostgrenze der Brückenköpfe verlaufen. Auch die amerikanische Zone wird in das Zollgebiet einbezogen werden, und zwar ohne direkte Beteiligung der Amerikaner. Die Sätze des Zolltarifs sind noch nicht bekannt. Pressenachrichten in dieser Beziehung sind ebenfalls nur Vermutungen oder Kombinationen. Die Grundlage wird voraussichtlich für die Einfuhr aus dem unbesetzten ins besetzte Gebiet der deutsche Zolltarif bilden. Die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem unbesetzten ins besetzte Gebiet wird voraussichtlich ganz zollfrei sein. Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die zur Aufrechterhaltung der rheinischen Industrie notwendig sind, werden voraussichtlich nur geringen Zollsätzen unterworfen. Bei der Ausfuhr aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet soll ein mäßiger Zollsatz, vielleicht nur eine sogenannte statistische Gebühr erhoben werden. Als Grenzbewachungspersonal werden ausländische Zollbeamte und Soldaten die Ostgrenze besetzen. Das Abfertigungspersonal in den Zollämtern wird deutsch bleiben. Mit der Durchführung der Zollinie ist in etwa zwei Wochen zu rechnen.

Nicht beabsichtigt ist die Beschlagnahme von Steuereinnahmen, fiskalischem Besitz, Bergwerksunternehmen und dergleichen, da derartige Maßnahmen nicht zu den jetzigen Sanktionen gehören. Auch ist eine Beschränkung der Verkehrsfreiheit zur Zeit nicht geplant.

Die einschneidendste Folge der Zollgrenze wird ohne Zweifel die sein, daß der Absatz deutscher Erzeugnisse im besetzten Gebiet stark eingeschränkt und ausländischen Waren das Eindringen ins besetzte Gebiet erleichtert werden wird.

EE. Paris, 17. März.

Englische Blätter berichten über die Erhebung der Zölle im Rheinlande das Folgende: Textilwaren, die aus dem besetzten Gebiete stammen, würden 2 Proz. netto Ware, Fertigfabrikate mit 5—3½ Proz. verzollt werden. Nahrungsmittel sind zollfrei. Waren, die aus dem Inland in das besetzte Gebiet eingeführt werden, haben 25 Proz. zu entrichten, doch soll diese Taxe baldigst auf 50 Proz. erhöht werden. Rohstoffe, die in das besetzte Gebiet eingeführt, um dort zu Fertigfabrikaten umgearbeitet zu werden, würden nur jene Differenz bezahlen, die sich zwischen beiden Tarifen ergibt.

Die Zollgrenze würde die gegenwärtige Besetzungszone einschließlich des Gebietes bei Caub. Auf der Linie Königswinter bis Niederbreisach würde die Zollinie durch den Rheingebildet werden. Man nimmt an, daß diese Maßnahmen in der nächsten Woche in Kraft treten.

Debatte im bayerischen Landtag

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 17. März.

In der gestrigen Landtagsdebatte über die Einwohnerwehr griff der Redner der U. S. P., Genosse Gareis, die Einwohnerwehr-Politik der Regierung scharf an. Man könne die Haltung Bayerns nur verstehen, wenn man von dem Gesichtspunkt ausgehe, daß die bayerische Regierung sich eine gewisse Rückversicherung in Frankreich geschaffen hat, daß die Fäden, die Dr. Heim und Graf Bothmer mit den Mächten geknüpft haben, noch nicht abgerissen seien, und daß Herr von Dard, der französische Gesandte in München, der seit kurzer Zeit in Ungnade gefallen war, wieder in besserem Kurs stehe. Die Einwohnerwehr müsse entwaffnet werden, weil sie eine konterrevolutionäre Einrichtung sei, aber auch weil Deutschland durch die Durchführung der Entwaffnung seine Bereitwilligkeit zur loyalen Erfüllung des Friedensvertrages zeige und so den moralischen Boden schaffe zur Wiederaufnahme der Verhandlungen in der Reparationsfrage. Die bayerische Politik sei eine Gefahr für das Reich und strebe darauf hin, eine Situation zu schaffen wie am 13. März 1920. Das wissen wir und sind deshalb darauf vorbereitet und gerüstet. Wir nehmen Herrn Kahr seine Politik nicht übel, weil er nicht Herr seines Willens ist. Es gibt nur einen Weg, aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen, und das ist die Beseitigung der Regierung Kahr.

Ministerpräsident von Kahr nahm dann noch einmal das Wort und bestritt, daß die Einwohnerwehrfrage von einer innenpolitischen zu einer außenpolitischen Frage geworden sei. Die bayerische Regierung sei der Meinung, daß ihr Kampf um die Einwohnerwehr ein Kampf nicht gegen, sondern für die Einheit des Reiches sei. Der Redner der demokratischen Partei, Dr. Dirr, ließ in seiner Rede, augenscheinlich unter dem Eindruck seiner Berliner Reise, durchblicken, daß seine Fraktion diese augenblickliche Zwangslage begreife und in der Entwaffnungsfrage Verständnis habe, betonte aber, daß er mit seiner endgültigen Stellungnahme bis zur Verabschiedung des Entwaffnungsgesetzes im Reichstag warten wolle. Die demokratische Rede erweckt den Eindruck, als ob die bayerischen Demokraten nicht mehr mit allem einverstanden seien, was die bayerische Regierung in der Entwaffnungsfrage tut. Die demokratische süddeutsche Presse will bereits wissen, daß es zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung zu einer Verständigung über die Einwohnerwehrfrage gekommen sei.

Wenn Seeckt redet

Ein französischer Protest

T. U. Paris, 17. März.

Der französische Gesandte in Berlin hat Herrn von Haniel einen offiziellen Protest der französischen Regierung gegen eine Rede, die von General Seeckt vor Offizieren der Reichswehr gehalten worden sei, überreicht. Diese Rede gebe einen tendenziösen Bericht über die Londoner Konferenz und enthalte eine verkehrte Beurteilung der Unterhandlungen, an denen General Seeckt teilgenommen hat.

In der Rede, die General von Seeckt vor Reichswehroffizieren gehalten hat, soll er u. a. gesagt haben, die Deutschen seien in Versailles und Spaa von den Franzosen und Belgiern „wie ein Kaffernvolk aus dem Inneren Afrikas behandelt worden". Die Engländer hätten sich im Gegensatz dazu in jeder Weise korrekt und als Gentlemens benommen. Herr Seeckt behauptete dann weiter, er habe es nach Abbruch der Londoner Verhandlungen abgelehnt, die Entwaffnungsfrage zu besprechen, um freie Hand zu behalten und sich nicht binden zu lassen. Die Franzosen würden eines Tages froh sein, wenn sie auf die deutschen Gegenvorschläge überhaupt zurückkommen könnten. Weiter machte Herr Seeckt inhaltschwere Andeutungen über die künftige Politik im Osten.

Die Militaristen behaupten immer, die Feder habe während des Krieges das verdorben, was das Schwert gutgemacht habe. In Wirklichkeit hat das Wort sowohl als auch das Schwert Deutschland in den Abgrund getrieben. Die engstirnigen Militärs lernen nun nachgewiesenermaßen nichts aus der Geschichte. Und deshalb fühlte sich auch Herr Seeckt berufen, zu reden, wo Schweigen seine Pflicht gewesen wäre. Herr Seeckt setzt sich mit aller Macht für die angebliche Entpolitisierung der Reichswehr ein. Wenn er die Entpolitisierung wirklich wollte, müßte gerade er mit gutem Beispiel vorangehen, dürfte er sich nicht in Dinge mischen, die ihn absolut nichts angehen.

Ein zaghafter Versuch. Die belgische Regierung hat, wie der Arbeitsminister in einer Versammlung mitgeteilt hat, die Absicht, eine deutsche Kohlengrube in Wandre, die unter Sequester steht, dazu zu benutzen, um eine Probe mit der Nationalisierung zu machen. Es soll der Kammer in aller Kürze ein Antrag zugehen über das System der Verwaltung dieser Grube.

Die Weltkrise und die Arbeiterklasse

Beschluß der Gewerkschaftsinternationale

Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß der Abbruch der Verhandlungen in London eine sehr kritische Situation geschaffen hat.

Ueberzeugt von der Berechtigung der Wiedergutmachung sowie von der Tatsache, daß der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete ein unbedingtes Erfordernis für das ökonomische Gleichgewicht Europas und für die Wiederherstellung des wahren Friedens darstellt, erklärt er,

daß diese Resultate nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller in Betracht kommenden Länder erzielt werden können.

Daher kann der Internationale Gewerkschaftsbund es nicht zugeben, daß Zwangsmaßregeln ergriffen werden, welche diese Probleme nicht zu lösen vermögen.

Anstatt die Sache der Wiedergutmachungen zu fördern, verlängert die Aufbietung militärischer Gewalt nur die Periode der Unsicherheit und ermöglicht es der Reaktion und dem Militarismus, neue Kräfte zu sammeln, den Haß unter den Völkern neu zu entfachen und Europa in neue Abenteuer zu verwickeln.

Die Anwendung einer solchen Politik kann nur dazu führen, die Gefahren zu vervielfältigen, die abzuwenden Pflicht der Arbeiter aller Länder ist.

Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß das Scheitern der Unterhandlungen in London das Werk der kapitalistischen Diplomatie ist, die, nachdem sie den Krieg provoziert hat, nicht imstande ist, den Frieden zu sichern, und erklärt, daß, im Gegensatz zu dieser Haltung, auf der Grundlage der Prinzipien, die auf dem Londoner Internationalen Gewerkschaftskongreß festgelegt wurden, zwischen den verschiedenen Ländern Uebereinkommen abgeschlossen werden können, damit die verwüsteten Gebiete in möglichst kurzer Zeit neu aufgebaut und die materiellen und moralischen Spuren des Krieges endlich ausgelöscht werden.

Er nimmt die von den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis, in denen der dringende Wunsch der deutschen Gewerkschaftsorganisationen ausgesprochen wurde, für den Wiederaufbau zu arbeiten.

Er bestätigt, daß das Genfer Uebereinkommen zwischen den französischen und deutschen Bergarbeiterorganisationen über die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden, dieser Aktion als Grundlage zu dienen hat.

Um die Durchführungsmodalitäten dieses Uebereinkommens festzusetzen, wird eine spezielle Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aus den betreffenden Ländern für den 31. März d. J. nach Amsterdam einberufen werden.

In dem Bestreben, den völligen Frieden wiederherzustellen, und angesichts der einander widersprechenden Erklärungen der Sachverständigen beider Parteien, schlägt der Internationale Gewerkschaftsbund vor, daß eine unparteiische Enquete abgehalten werde, wodurch zwischen den verschiedenen Ländern — nötigenfalls durch Schiedsspruch — eine Uebereinstimmung erzielt werden soll, sowohl was die wiedergutzumachenden Schäden, als auch was die Leistungsfähigkeit des Schuldnerstaates betrifft. Bis zu der endgültigen Regelung soll eine von letztgenanntem Staate aufzunehmende internationale Anleihe die notwendigen Summen aufbringen, damit die Arbeiten des Wiederaufbaues unverzüglich in Angriff genommen werden können.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß der Weltfriede nicht von einer militärischen Besetzungspolitik abhängig gemacht werden darf. Er fordert, daß man auf diese Gewaltmaßnahmen verzichte und daß endlich die internationale Solidarität zum Ausdruck gebracht werde, die allein die Verwirklichung einer Politik der Wiedergutmachungen ermöglichen und eine Bürgschaft bieten kann für den Frieden durch die Arbeit.

Die Zweite Internationale

Tagung des Exekutivausschusses in London

HN. Brüssel 17. März.

Die „Volksgazette", das sozialistische Antwerpener Blatt, veröffentlicht eine Unterredung mit Huysmans, über die Versammlung des Exekutivausschusses der zweiten Internationale, die morgen in London stattfinden wird. Huysmans erklärte, daß dort drei Punkte besprochen werden sollten, nämlich 1. die Ausführung der Entscheidungen des Genfer Kongresses, 2. die politische Lage in Georgien, die durch den Einfall der Bolschewisten entstanden ist und 3. die Frage der Londoner Konferenz. Die letztere Frage wird nach Huysmans hauptsächlich besprochen werden, um zu untersuchen, ob es möglich sei, durch die internationale Arbeiterschaft die Besprechungen in eine andere Richtung zu lenken. Denn seitens der Bourgeoisie seien die Versuche gescheitert. Die Arbeiter müßten darum versuchen, eine Lösung zu finden oder vorzubereiten. Auf die Frage, ob Konflikte im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in London zwischen Deutschland und der Entente möglich seien, sagte Huysmans: Ein Konflikt wäre nur möglich, wenn Deutschland zur äußersten Hoffnungslosigkeit getrieben wird. Das größte Unglück ist, daß die französischen Sozialisten, insbesondere aber die Arbeiterklasse im allgemeinen keinen genügenden Einfluß ausüben kann. Wir sehen jetzt erst wie unheilvoll die Zwietracht unter den französischen Genossen ist.

Die Versuche in London „seitens der Bourgeoisie" sind allerdings gescheitert, aber gescheitert unter Mitwirkung von Vertretern von Arbeitern und Angehörigen der zweiten Internationale, wie sie in Gestalt von Vandervelde und seinen Genossen im belgischen Kabinett sitzen. Man kann also gespannt sein, welche „Lösung" die Mitglieder des Genfer Kriegervereins in London finden werden. Zunächst müßte das eine Lösung aus ihrem eigenen Dilemma sein. Es ist allerdings beklagenswert, daß die französischen Sozialisten „keinen genügenden Einfluß ausüben" können, aber es ist noch viel schlimmer, wenn die belgischen Sozialisten ihren Einfluß benutzen, um die Bourgeoisie zu stützen durch die Zustimmung zu den Londoner Vorgängen.

Eine Untersuchungskommission der Arbeiterpartei

London, 17. März.

„Daily Herald" meldet, daß ein Ausschuß der englischen Arbeiterpartei unverzüglich Untersuchungen in Deutschland über die Lage des deutschen Proletariats als Folge der letzten Entschließungen des Verbandes aufstellen wird.

Der Kampf um die Abstimmung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Kattowitz, 17. März.

Bis vor einigen Tagen wurde in der heftigsten Weise um die Gewinnung der Stimmen der Bevölkerung gekämpft. Jetzt hat jede öffentliche Aktion aufgehört. Die Interalliierte Kommission hat alle Kundgebungen für die eine wie für die andere Seite verboten. Es dürfen keine politischen Versammlungen veranstaltet werden, jeder Aufzug ist untersagt. Das Ankleben von Plakaten und Verbreiten von Flugblättern ist nicht mehr zugelassen. Die Abstimmungszüge aus dem Reich, die zumeist eingetroffen sind, müssen an der Grenze des Bezirks abgerüstet und von allen Dekorationen und Inschriften gereinigt werden.

Wenn diese Maßnahmen auch gegen die demokratischen Grundsätze verstoßen mögen, so haben sie doch ohne Zweifel beruhigend auf die Bevölkerung gewirkt, und wenn es der Interalliierten Kommission gelingt, den Schutz des Abstimmungsaktes zu sichern, so sind bis dahin wohl keine ernsthaften Zusammenstöße zwischen den nationalistisch verhetzten Volksteilen mehr zu erwarten.

Besonders interessant sind jetzt die Inseratenseiten der deutschen Presse. Da finden wir einen Aufruf sämtlicher bürgerlicher Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, denen sich zu guterletzt auch die Rechtssozialisten angeschlossen haben, worin „öffentlich und feierlich" erklärt wird, daß in der demokratischen Republik Deutschland jeder die volle unbeschränkte Freiheit seiner politischen Ueberzeugung habe. Die Parteien würden sich dafür verbürgen, daß für alle in den Abstimmungskämpfen begangenen politisch strafbaren Handlungen niemand zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden solle, und daß auch kein Arbeiter, Beamter oder Angestellter irgendwie in seinem Arbeitsverhältnis geschädigt oder gemaßregelt werden soll.

Der Verband heimattreuer Oberschlesier in Kattowitz bittet die Unternehmer, allen Arbeitern, Angestellten und Beamten für die Tage der Abstimmung die Weiterzahlung des Lohnes oder Gehalts zu bewilligen. Die Oberschlesische Montanindustrie veröffentlicht eine große Erklärung, in der es heißt, daß besser als andere die Führer der Industrie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Zusammenhänge übersehen könnten, und daß in einem vom Deutschen Reich abgetrennten Oberschlesien unsere Gruben und Hütten und die gesamte übrige Industrie, Handel und Gewerbe durch den Wegfall der Lieferungen nach dem Deutschen Reich und dem Verlust der reichsdeutschen Absatzmärkte lahmgelegt werden würde. Bemerkenswert ist, daß unter dieser Erklärung der Name der Verwaltung der Thiele-Winkler-Werke fehlt, die bisher schon eine sehr zweideutige Haltung eingenommen hat und es entweder mit den Polen noch mit den Deutschen verderben wollte.

Die interessanteste Veröffentlichung ist eine Erklärung der oberschlesischen Großgrundbesitzer, unter denen wir die Träger des schlesischen Feudaladels, wie den Grafen Schaffgotsch, den Grafen Ballestrem, den Grafen Henckel-Donnersmark, den Fürsten von Pleß, den Herzog von Ratibor und andere finden. Diese Erklärung hat eine Vorgeschichte. Die Polen hatten in den Dorfgemeinden Listen ausgelegt, worin sich die Kleinbauern und die Landarbeiter mit ihren Wünschen auf Land einschreiben sollten. Es wurde von ihnen auf die Gegensätze zwischen dem Feudalbesitz, der in wenigen Händen ruht, und der großen Zahl besitzloser Zwergbauern hingewiesen. Die Polen versprechen den Kleinbauern, daß alle ihre Wünsche erfüllt werden sollen, wenn Oberschlesien an Polen falle. Die Abstimmenden brauchten jetzt nur ihre Wünsche äußern. Das war natürlich blanke Demagogie, denn auch die polnische Regierung denkt nicht daran, eine großzügige Agrarreform durchzuführen, und so lange die Verteilung des Grund und Bodens von einer kapitalistischen Regierung durchgeführt wird, werden die proletarischen Elemente höchstens einige Brocken vorgesetzt bekommen, geschweige denn, daß Polen die Sozialisierung der Landwirtschaft beginnen würde. Die Interalliierte Kommission verbot schließlich diese Propaganda, weil es als Bestechung für die Abstimmung angesehen wurde.

Nun führen die Großgrundbesitzer einen Gegenschlag. Sie erklären, daß es sie dränge, ihre Treue zum angestammten Vaterlande vor aller Welt erneut zu bekunden. Oberschlesien müsse bei Deutschland bleiben und könne nur in gegenseitigem Verstehen und gemeinsamer Arbeit einer glücklichen Zukunft entgegengehen. Der Patriotismus der oberschlesischen Großgrundbesitzer reicht also selbst in dieser für die Zukunft des Reiches so wichtigen Stunde nicht so weit, daß sie von ihren Vorrechten auch nur ein Fünkchen preisgegeben gewillt sind, das eigene Profitinteresse steht den Kapitalisten aller Schattierungen eben höher als das Interesse des „Vaterlandes".

Waffenschieber vor Gericht

Ausschluß der Oeffentlichkeit im — Staatsinteresse

Die Potsdamer Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Heller verhandelte gestern nachmittag gegen vier ehemalige Angehörige des Maschinengewehrdepots III in Potsdam. Bekanntlich wurde im September vorigen Jahres ein großes Waffenlager in der Garde-Ulanen-Kaserne in Potsdam entdeckt. Wegen Verbrechens gegen das Entwaffnungsgesetz, militärischer Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung wurden der Schirrmeister A., der Vizefeldwebel S., Sergeant B. und Vizefeldwebel Sch. angeklagt. Die Anklage wirft den Angeklagten vor, versucht zu haben, mehrere hundert Maschinengewehre an Berliner Schieber zu verkaufen. Zu dem Prozeß ist der ehemalige Kompagnieführer Elsendal, jetzt Platzmajor in Rostock, und vier andere militärische Zeugen geladen.

Der Anklagevertreter Staatsanwalt Dr. Enßle beantragt den Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit. Er erbietet sich zur Begründung dieses Antrages in nichtöffentlicher Sitzung das Wort. Den Vertretern der Presse wurde aber auf Antrag des Staatsanwalts während der Begründung seines Antrags die Anwesenheit gestattet.

Der Staatsanwalt führte aus, daß im Interesse der Angeklagten die Gerüchte erörtert werden müßten, die eine angeblich früher hier stattgefundene Verheimlichung von Waffenbeständen zum Gegenstand gehabt hätten. Was an diesen Redereien wahr sei, könne man vorher nicht sagen. Die öffentliche Erörterung solcher Gerüchte bringe aber die Gefahr mit sich, daß falsche Nachrichten in die Oeffentlichkeit dringen und dann in hohem Grade nachteilige Folgen für die Staatssicherheit zeitigen könnten. In der Verhandlung selbst sei absolut nichts zu verbergen, da die Angeklagten ja geständig seien, auf Angebote Berliner Schieber eingegangen zu sein, aber für ihr subjektives Empfinden müsse die Besprechung dieser Gerüchte möglichst eingehend erfolgen, und dies könne im Interesse der Staatssicherheit nur in nichtöffentlicher Verhandlung erfolgen. Die Verteidiger, Rechtsanwalt Adriani, Potsdam, und Rechtsanwalt Walter Richter, Berlin, schlossen sich dem an. Das Gericht beschloß, die Oeffentlichkeit für die Dauer der Verhandlung auszuschließen.

Dieses Vorgehen des Staatsanwalts ist bezeichnend. Die Oeffentlichkeit wird zugelassen, wenn man derartige militärische Manipulationen durch ein entsprechendes Zeugenaufgebot als unbedeutend aber nicht geschehen hinstellen kann, sie wird aber ausgeschlossen, wenn die Soldaten geständig sind und Gefahr besteht, daß die dunklen Treibereien der Gegenrevolution ans Licht gelangen könnten. Potsdam gilt als monarchistische Verschwörerzentrale. Im Dienste der Gegenrevolution sind die Waffen verschoben worden. Offiziere haben die Schiebungen veranlaßt. Dadurch, daß das Gericht die Oeffentlichkeit ausschließt, stellt es sich schützend vor die Gegenrevolution; es macht sich zu ihrem Wegbereiter!

Das Ueberschichtenabkommen

Auch die Zechenherren lehnen den Schiedsspruch ab

Essen, 17. März.

In der heute abgehaltenen Hauptversammlung des Zechenverbandes wurde zu den schwebenden Verhandlungen über das Ueberschichtenabkommen folgende Stellung eingenommen: die Dortmunder Verhandlungen wurden mit einem Einigungsvorschlag abgeschlossen, der eine Aenderung des bisherigen Ueberschichtenabkommens vorsieht, durch die das Lohnkonto der anerkanntermaßen schon jetzt mit Unterbilanz arbeitenden Zechen weiter belastet werde. Eine solche Belastung kann aber im gegenwärtigen Moment unter keinen Umständen ertragen werden. Der Zechenverband kann diesen Einigungsvorschlag als geeignete Grundlage für ein neues Abkommen nicht ansehen und das um so weniger, als die dabei vorgesehene Lohnerhöhung in der tatsächlichen Entwicklung der Lebenshaltungskosten keine Begründung findet. Auch über den Bergbau hinaus werde ein solches Abkommen nach Inhalt und Methode die bedenklichsten Folgen für die gesamte Produktionswirtschaft haben.

Daß die Unternehmer das Abkommen ablehnen, braucht niemand aufzuregen, nachdem die organisierten Bergarbeiter das gleiche getan haben. Aber diese Meinungsäußerung enthält eine Reihe von unglaublichen Frechheiten. So die Behauptung, daß die Zechen mit Unterbilanz arbeiten und darum keine weitere „Belastung" durch Lohnerhöhungen ertragen können. So die Kühnheit, daß weitere Lohnerhöhungen in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten nicht begründet seien. Hoffentlich versäumen die Bergarbeiter nicht, den Herren möglichst drastisch begreiflich zu machen, daß die Löhne noch nie den Lebenshaltungskosten entsprochen haben und auch nach den unbedeutenden Lohnerhöhungen, die der Schiedsspruch in Aussicht nimmt, den Kosten der Lebenshaltung nicht entsprechen würden.

Die Lage in Georgien. Die Roten Truppen haben nunmehr auch Poti und Kutais, die letzten Stützpunkte der sozialdemokratischen georgischen Regierung, eingenommen. Batum und Umgegend ist nur von schwachen türkischen Verbänden besetzt, welche die georgischen Truppen und die Bevölkerung entwaffnet haben. Der englische Kreuzer „Kalypso" mit den englischen Konsularbeamten an Bord hat Batum verlassen.

Abschluß eines italienisch-russischen Handelsvertrages. Der Handelsdelegierte der Sowjetregierung, Worowski, wird heute von Graf Sforza und Giolitti empfangen werden. Die Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Handelsvertrages zwischen Italien und Rußland stehen unmittelbar vor dem Abschluß.

Schiffsverkehr im Londoner Hafen. Laut „Daily News" sind im Januar 1921 im Londoner Hafen Seeschiffe mit einem Gesamttonnengehalt von 1 440 557 Tonnen eingelaufen.

Die Erwerbslosenfragen im Stadtparlament

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Groß-Berliner Stadtparlaments stand neben Steuervorlagen Berichterstattung über Erwerbs- und Obdachlosenfragen. Um den Verhandlungen Nachdruck zu verleihen, wurde das Rathaus von 5 Uhr nachmittags, dem Zeitpunkt des Sitzungsbeginns, bis in die späten Abendstunden von tausenden Erwerbslosen umlagert.

Viel Zeit wurde in Anspruch genommen mit der erneuten Erörterung der Arbeitslosenfrage. Alle die vielen zu dieser Angelegenheit eingebrachten Anträge waren in vielen Ausschüssen vorberaten, und es war einstimmig beschlossen worden, einen ständigen Ausschuß einzusetzen, der sich dauernd mit allen Fragen der Arbeitslosigkeit zu befassen hat. Obwohl auch die Kommunisten mit diesem Antrag einverstanden waren, hatten sie wieder einmal eine Arbeitslosendemonstration inszeniert und verlangten sofortige Zulassung von Arbeitslosenvertretern in die Stadtverordnetenversammlung. In der Vorwoche hatte bereits eine Delegation der Arbeitslosen ihre Wünsche und Klagen einer Kommission von Stadtverordneten vorgetragen, und deshalb fand der Antrag der Kommunisten keine Gegenliebe, zumal ja über die Einsetzung eines ständigen Ausschusses Einmütigkeit herrschte. Aber um sachliche Erledigung war es den Kommunisten nicht zu tun, und deshalb Krach und Skandal.

Im Sitzungssaale selbst wurde von kommunistischer Seite beantragt, die Erwerbslosenfürsorge als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Das wurde von der Versammlung gegen die Stimmen der Kommunistischen und Unabhängigen Fraktion abgelehnt. Diese Tatsache löste auf der linken Seite des Hauses und auf den Tribünen einen ungeheuren Sturm der Entrüstung aus. Der Stadtverordnetenvorsteher, Genosse Dr. Weyl, mußte bei der Gelegenheit feststellen, daß zu der Sitzung gefälschte Tribünenkarten angefertigt und an Erwerbslose verteilt worden waren. Die Tribünenbesucher, die auf diese gefälschten Karten Einlaß gefunden hatten, ließen sich dazu verleiten, die Sitzung fortgesetzt durch oftmals recht unflätige Zwischenrufe zu stören. Mit Ausnahme der kommunistischen Stadtverordneten wurden die Mitglieder sämtlicher Fraktionen, ohne daß sie dazu irgendwelche Veranlassung gegeben hätten, auf das wüsteste beschimpft. So wurde beispielsweise unser Genosse Weise, der ruhig und sachlich seine Darlegungen machte, mit Ausdrücken wie Lump, Strolch, Verbrecher und ähnlichen Schimpfworten belegt. Die Kommunisten Gäbel, Dörr und Adolf Hoffmann stellten das Verlangen, daß eine Deputation der Erwerbslosen zur Stadtverordnetenversammlung Zutritt erhalte, um ihre Wünsche selbst vorzutragen. Als der Stadtverordnetenvorsteher, Genosse Weyl, darauf verwies, daß das nach der Städte- und Geschäftsordnung nicht möglich sei, dagegen vorschlug, daß eine aus Mitgliedern aller Fraktionen zusammengesetzte Kommission mit der Deputation verhandeln solle, wurde er gleichfalls von Tribünenbesuchern beschimpft.

Wir haben verurteilt und werden es immer verurteilen, daß sachliche Auseinandersetzungen durch Inszenierung von Lärm- und Radauszenen gestört werden, gleichviel, ob diese von kommunistischer, deutschnationaler Seite oder von sonst irgendjemand inszeniert werden. Den Berliner Erwerbslosen müssen wir unzweideutig sagen, daß ihrer Sache damit nicht gedient sein kann, wenn die Verhandlungen im Berliner Stadtparlament durch solche unwürdigen Szenen, wie sie sich in der gestrigen Sitzung wieder abgespielt haben, gestört werden. Den Veranstaltern derartiger Exzesse könnte etwas Verantwortlichkeitsgefühl nicht schaden, und zwar in ihrem eigensten Interesse.

Sitzungsbericht

Der öffentlichen Sitzung ging um 4½ Uhr eine geheime Sitzung voraus, in welcher die Berichterstattung des Ausschusses über die vorzunehmende Wahl des Kämmerers entgegengenommen wurde.

In der öffentlichen Sitzung folgte dann zunächst die Berichterstattung des Ausschusses über die verschiedenen Steuervorlagen. Gegen die Schlemmerlokale soll in Zukunft viel schärfer vorgegangen, der Krieg gegen diese Prasserlokale soll mit aller Energie durchgeführt werden. Nach lebhafter Debatte, an der sich die Stadtverordneten Schalldach (D. V.), Dr. Helmka (Dem.), Dr. Salzgeber (Ztr.) und Dantziger (U. S. P. D.) beteiligen, wurde die ganze Angelegenheit mit den dazu gehörigen Anträgen noch einmal an den Ausschuß zurückgegeben.

Stadtverordneter Gäbel (Komm.) beantragte zur Geschäftsordnung, vor Erledigung der übrigen Steuervorlagen zunächst die Vorlage betreffs Zahlung von Beihilfen an Erwerbs- und Obdachlose zur Erörterung zu stellen. Als der Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller und unserer Fraktion abgelehnt wird, entsteht auf der Tribüne ein ungeheurer Lärm. Es wird in den Saal hinuntergeschrien: Verräter, Lumpen, Schufte, wir jagen euch hinaus.

Vorsteher Dr. Weyl: Es wird mir soeben mitgeteilt, daß gefälschte Tribünenkarten ausgegeben worden sind. (Hört, hört! Rufe rechts: Halunken! Rufe von den Tribünen: Ihr da unten seid die Halunken!)

Stadtverordneter Schalldach (D. V.) berichtete dann über die Neuregelung der Hundesteuer. Nach längerer Beratung wird der Ausschußantrag mit einigen Abänderungsanträgen angenommen. Hunde, die zur Bewachung von Laubenkolonien bestellt sind, sollen in Zukunft steuerfrei bleiben.

Es folgt dann die Wahl des Kämmerers. Die Kommunisten beantragen, ihren Fraktionsfreund Emonts als Stadtkämmerer zu wählen. — Der Ausschuß empfiehlt der Versammlung, die Wahl von Kading (Flensburg). Letzterer wird mit 172 Stimmen bei 11 weißen Zetteln gewählt. — Stadtverordneter Schalldach (D. V.) empfiehlt als Berichterstatter namens des Ausschusses die Annahme der Magistratsvorlage über die Gemeindeeinkommensteuer für 1921.

Stadtverordneter Dr. Steiniger (Dnat.) erklärt, daß seine Fraktion die Vorlage ablehnen werde, während Stadtverordneter Dr. Neumann (D. V.) der Vorlage zustimmt. Die Vorlage wird angenommen.

Ohne Debatte wird die Vorlage über eine Ordnung für den Anschluß an die Stadtentwässerung und die Erhebung von Entwässerungsgebühren angenommen.

Es folgt die Berichterstattung des Stadtv. Linke (D. N.) über die Vorlage betr. die

Erwerbslosen-Fürsorge

in Verbindung mit den Vorlagen betr. die Zahlung von Beihilfen an Erwerbslose und Einrichtung von Speiseanstalten usw.

Der Berichterstatter, Stadtv. Linke (D. N.) betont, daß das allgemeine Bestreben dahingehe, alles für die Erwerbslosen zu tun, die zu dieser Angelegenheit eingegangenen Anträge — 14 an der Zahl — gehen nach der Ueberzeugung des Ausschusses viel zu weit und überschreiten die Grenze der von der Stadtgemeinde zu ermöglichenden Leistungen.

Der Berichterstatter empfiehlt namens des Ausschusses einen ständigen Ausschuß entsprechend dem Antrage Dr. Weyl einzusetzen zur Prüfung der verschiedenen Anregungen für eine produktive und unterstützende Erwerbslosenfürsorge. — Die Beratung und Beschlußfassung über die Anträge der Stadtv. Gäbel und Gen. (Komm.) soll vertagt werden. Der Magistratsvertreter wird ersucht, vor der nächsten Sitzung den Ausschußmitgliedern das Material zugänglich zu machen, aus dem ersichtlich ist, welche Maßnahmen und Schritte seitens des Magistrats sowohl bei der Regierung wie innerhalb der städtischen Verwaltung zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge getroffen sind.

Stadtv. Ostrowsky (Komm.) teilt u. a. mit, daß soeben ein Sanitäter, der bei der vor dem Rathause angesammelten demonstrierenden Menschenmengen Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wollte, von einem Polizisten geschlagen und verprügelt worden ist. Diese Mitteilung löst auf der Tribüne einen Sturm der Entrüstung und lebhafte Pfui-Rufe aus. — Der Redner empfiehlt dringend die Annahme der Anträge Gäbel. Dies sei nötig angesichts des unbeschreiblichen Elends, in welchem die Arbeitslosen leben. Die Zahl der Erwerbslosen sei ungeheuer gestiegen, die Zahl der Obdachlosen nehme von Tag zu Tag erschreckend zu.

Stadtrat Weise (U. S. P.): Wenn man bestrebt ist, alles, was nur möglich ist, zu tun, und wird von eigenen Klassengenossen wie ein Schuhputzer behandelt, ist es begreiflich, wenn ein Wort der Erregung entfährt. Der Magistrat ist bestrebt, und hat sein Möglichstes getan, um die Not der Arbeitslosen zu lindern. Der Vorredner hat mit Zahlen jongliert. Auch ein kommunistischer Magistrat ist nicht in der Lage, unter dem heutigen System angesichts einer so großen Masse Arbeitsgelegenheit zu schaffen. (Der Redner wird dauernd von lärmenden Zurufen von den Tribünen unterbrochen und ist zum größten Teil nicht zu verstehen. Die teilweise ganz unflätigen Beschimpfungen, die den nichtkommunistischen Rednern zugerufen werden, lassen sich gar nicht wiedergeben.)

Stadtv.-Vorsteher Dr. Weyl: Die Tribüne hat sich an den Beratungen nicht zu beteiligen (Gelächter auf der Tribüne und Zuruf: Das bestimmen wir!) Wir haben doch alle das Interesse, die Materie zur Erledigung zu bringen. Wenn wir nicht in Ruhe verhandeln können, muß ich diesen Punkt von der Tagesordnung absetzen. (Lärm der Tribüne.) Stadtrat Doerr (Komm.): Wenn die Arbeitslosen auf der Tribüne hin und wieder ihrem Herzen Luft machen, ist es zu verstehen. Sie werden schon Disziplin halten. (Lachen.)

Stadtv.-Vorsteher Dr. Weyl: Der gleiche Antrag ist schon mehrfach abgelehnt. Er widerspricht auch der Stadtordnung. Ich kann den Antrag daher nicht zur Abstimmung bringen. (Lärm.) Stadtv. Gäbel und Ad. Hoffmann (Komm.) protestieren dagegen. Stadtv. Koch (Dtn. Vp.) wirft den Kommunisten vor, daß sie nur die Erledigung dieser dringlichen Angelegenheit verschleppen. (Wüste Schimpfworte prasseln auf den Redner von der Tribüne herab.)

Vorsteher Dr. Weyl macht den Vorschlag, im Nebensaal eine Deputation von Vertretern der Parteien anhören zu lassen.

Die Stadtv. Dove (Dem.) und Dr. Eynern (D. Vp.) haben gegen eine derartige Besprechung mit derartigen Deputationen nichts einzuwenden.

Dr. Weyl schlägt nunmehr vor, eine ständige Deputation einzusetzen zur Anhörung der Wünsche und Anregungen in bezug auf die produktive Arbeitslosenfürsorge.

Stadtv. Adolf Hoffmann (Komm.) wird schon bei seinen ersten Worten mit lauten Zurufen unterbrochen, während von der Tribüne unsagbare Schimpfworte und Unflätigkeiten in brüllendem Tone zur Rechten im Saale hinuntergeschleudert werden. Unter furchtbarem fortgesetzten Lärm scheint der Redner für Empfang einer Deputation zu sprechen und schließt: Wenn Sie die Beschwerden der notleidenden großen Masse nicht hören wollen, so wird die Zeit kommen, wo Sie sie fühlen werden! (Hurra und Händeklatschen auf der Tribüne.)

Nach weiteren Ausführungen des Stadtv. Rosemann (U. S) und Brolat (S. P. D.) wird die Erörterung geschlossen.

Die Versammlung beschließt im Sinne des Ausschußantrages die Niedersetzung eines ständigen Ausschusses von 15 Mitgliedern, der sofort ernannt wird.

Der Antrag des Stadtv. Dr Steiniger (Dnat.), die vorliegenden Anträge der Kommunisten diesem Ausschusse zu überweisen, erregt wieder großen Lärm auf seiten der Kommunisten, wird aber schließlich angenommen.

Nach einem Bericht des St.-V. Hirsch (S. P. D.) wird die Wertzuwachssteuer zur Erörterung gestellt.

In der Abstimmung wurde die Steuervorlage unverändert angenommen. In vorgerückter Stunde wurden verschiedene Vorlagen, u. a. wegen Uebernahme der Feuerwehr in städtische Verwaltung, Ausschüssen überwiesen.

Lebensmittel

Konserven

Gemüse	gemischt 1/1 D.	8.85
Gemüse	gemischt, sehr fein 1/1 Dose	12.95
Karotten	geschnitt. 1/1 D.	4.50
Grünkohl	1/1 Dose	3.50
Tomaten-Püree	1/1 D.	7.07
Tomaten	geschält 1/1 D.	4.00
Apfelmus	1/1 Dose	5.25
Pflaumen	1/1 Dose	6.50
Kunsthonig	1-Pf.-Paket	4.40
Bienenhonig	rein, deutsch 1 Pfd.-Glas	15.50
Sardinen	1/1 Dose	26.70
Sardinen	1/2 Dose	14.90
Sardinen	Klubdose	6.50
Sardinen	in Tomaten, Klubdose	6.50
Sardinen	22-mm-Dose	6.15
Nordseekrabben	Pfd.-Dose	8.75
Gänseschmalz	Pf.-D	18.75

Leberwurst 2-Pfund-Dose *3.90*

Blutwurst 2-Pfund-Dose *4.25*

Landeier frische *1.45*

Im Erfrischungsraum:

Erdbeerkuchen 7.50

Frisches Fleisch

Schweinefleisch	frisch, Pf. 15.50	Kalbsnierenbraten	Pfd. 11.50
Kalbskeule	ganz od. geteilt. Pf. 11.50	Rinderleber	Pfd. 12.00
Kalbskamm	und Brust .... Pfd. 10.50	Dicke Liesen	frische ... Pfd. 13.00

Gehacktes Rind- und Schweinefleisch 12.00

Gemüse

Kohlrüben	Holl., Pfd	40 Pf.
Möhren	Pfd	35 Pf.
Schwarzwurzeln	Pfd.	1.80
Schnittlauch	Topf	1.40
Märk. Rübchen	Pfd	50 Pf.
Rote Rüben	kleine Pfd.	75 Pf.
Zwiebeln	Pfd	45 Pf.
Blumenkohl	Kopf	1.50 an
Radieschen	Bund	50 Pf.
Zitronen	gelbe, 3 Stück	85 Pf.
Blutapfelsinen	Stück	80 Pf. an
Feigen	Pfd.	5.50

Fische

Grüne Heringe	Pfd.	1.90
Kabeljau	ohne Kopf, in gz. Fischen, Pfd.	2.00
Lebende Hechte	Pfd	10.50
Sprotten	Pfd.	4.00
Bücklinge	Pfd. von	4.80 an
Lachsheringe	geräuch. Stück	1.60
Salzheringe	große, St.	50 Pf.
Fettheringe	Stück	1.20
Herings-Rogen	Pfd.	1.10
Heringsmilch	Pfd.	1.40

Wurst

Zwiebelleberwurst		12.00
Rotwurst	Pfd	12.00
Pastetenleberw.	Hausmache	16.00
Jagdwurst	Pfd	19.00
Landleberwurst	Pfd.	19.00
Schinkenwurst	Pfd.	26.00
Mausschinken	2—3 Pfd. schw., Pf.	26.00
Sülzwurst	Pfd.	12.00
Mettwurst	nach schw. Art, Braun- Pfd.	23.00
Brühpolnische	Pfd.	15.00

Käse und Margarine

Harzer Käse	Pfd. 7.60	Weichkäse	nach Neufchateller Art. Pfd. 6.00	Edamer Käse	Pfd. 18.00
Landkäse	Pfd. 7.40	Goudakäse	dän. ... Pfd. 9.10	Margarine	Pfd. 9.25 Pfund-Packet 9.50

Backwaren

Sultaninen	Pfd	20.00
Korinthen	Pfd.	12.00
Rosinen	Pfd	16.00
Süße Mandeln	Pfd.	23.00
Bittere Mandeln	Pfd.	15.00
Zitronat	Pfd.	32.00
Backpulver 30, 40, 50 Pf		
Kuchengewürze, Mandelöl, Zitronen-Essenz usw.		
Maispuder	Pfd.	4.80
Maismehl	Marke Kekeblume entölt u. entb. Pfd.	3.00

Puddingpulver

(gefärbt)

Schokoladenspeise	mit Zucker Paket	2.25
Marosi	Paket	1.50
Krachmandel	Paket	1.50
Cumberland	Paket	1.75
Haushaltspeise	Paket	85 Pf.
Schwed. Speise	Paket	90 Pf.
Van.-Saucenpulv.		45 Pf.

Marmelade

Himbeer mit Apfel ... / Johannisbeer mit Apfel / Pflaumen mit Apfel ... Pfd. 5.20

sämtlich mit 50% Zucker

Geräucherter Speck Pfund *12.00*

A. Wertheim

Im Berliner Theater spielt Fritzi Massary, die seit 14 Tagen krankheitshalber am Auftreten verhindert war, von morgen ab wieder die „Spanische Nachtigall"

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7 Uhr: **Wallensteins Tod**

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. Zum 1. Male: 7½ Uhr: **Jugendstunde**

Staatstheater. Opernhaus 7½ Uhr: **Amoretten Bajazzi** Schauspielhaus Zum 500. Male: 7 Uhr: **Journalisten**

Direktion: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 6½ Uhr: **Faust I.**

Kammerspiele 8 Uhr: **Er ist an allem schuld / Der Heiratsantrag / Die Spieler**

Großes Schauspielhaus Karlstraße 7½: **Der Kaufmann von Venedig** (19. Abteilung, 4. Abend.)

Theater i. d. **Königgrätzer Str.:** 8 Uhr: **Jekaterina Iwanowna** (Göttisch, Wildt, Terntrup, Prückl, Römer, Schlegel) Sonnabend: **Salome** Sonntag: **Salome** Montag: **Rausch**

Komödienhaus: **Das weiße Lämmchen** 8 Uhr: mit Max Pallenberg

Berliner Theater: *Die spanische Nachtigall* 8 Uhr: mit Emmy Sturm, Waßmann, Brandt, Kiper

Kleines Theater Unter den Linden 44 Täglich 7½ Uhr: **Casanovas Sohn**

Lessing-Theater Direkt. Victor Barnowsky 7 Uhr: **Peer Gynt** Sonnabend bis Montag 7½ Uhr: **Ein idealer Gatte** Dienstag 7 U.: Zum 1. Male: **Der Frauenmut** Lustspiel in 4 Akten von Hermann Essig (Dorsch, Salmar, Junkermann)

Deutsch. Künstl.-Theater Allabendlich 7½ Uhr: **Die Scheidungsreise** (Max Adalbert)

Trianon-Theater Täglich 7½ Uhr: **Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf** (Leopoldine Konstantin, Ilka Grüning, Hans Burg, Herm. Ballentin, Julius Falkenstein) Hierauf: **Abschieds-Soupée**

Residenz-Theater Täglich 7½ Uhr: **Lady Windermeres Fächer** von Oscar Wilde (Arnhildt, Sendrach, Taelle, Kopß, Falkenstein, Otto, Mamelok)

Komische Oper Allabendlich 7½ Uhr: **Zigeunerblut**

Rose-Theater 7½ Uhr: **Der Strom**

Thalia-Theater Täglich 7½ Uhr: **Mascottchen**

Concordia-Palast-Theater 64 Andreasstraße 64 7 Uhr Filmschau: 7 Uhr **Die Frauen von Gnadenstein** Bühnenschau: Wong Chio Tsching, Ernst Hiller, Charly u. rnas, Sossar Comp.

Theater am Nollendorfplatz 7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht ...**

Walhalla Theater Täglich 7½ Uhr: **Der Vogelhändler**

½8 **Casino-Theater** **Der Großfürst** Sonntag 3½: Höllenqualen

7½ Apollotheater 7½ Sensations-Ausstattungsstück **Madame Dubarry's Liebesleben** mit der weltberühmten **Saharat**

Theater a. Kottb. To Tel. Moritzplatz 160 77 Tägl.: 7½ und zu halben Preisen Sonntag nachm. 3 Uhr: **Ellie-Sänger** Größter Lacherfolg „Durch's Blatzamt" Vorverk.: 11—1½, u. 4—6 Uhr u. Leipziger Straße 51.

METROPOL Hermannstraße 34. präz. 7½ Uhr: **14 Attraktionen**

STEIDL-THEATER Moritzplatz (früher Buggenhagen) Dir.: S. Wreschinski Täglich: **Fritz Steidl-Sänger** Fritz Steidl, Kurt Reising, Max Grothe, Rob. Stephan usw. Zum Schluß: **Erlebnisse eines Verstorbenen** Ulkiade von Fritz Steidl Hotzel-Orchester / Anf. 7½ U. Preise inkl. Steuer von 1.10–6.60 Mk. Sonntag-Nachmittagsvorst. halbe Kassenpreise Vorverkauf täglich von 11—1 Uhr a. d. Kasse

Residenz-Kasino Blumenstraße 10 Täglich: **BALL** Nur für die ältere Jugend

½8 **Folies Caprice** ½8 (am Oranienburger Tor) **Nackttänzerin** mit Ferd. Grünecker.

SCALA LUTHERSTRASSE DIE VARIETÉ-BÜHNE 7.30

Geld für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41, III.** Ecke Kochstraße.

GARDINEN jeder Art, Tischdecken, Bettdecken, Bettwäsche auf Teilzahlung **Grebler** Weinbergsweg 4

Guy de Maupassant Romane und Novellen
1. Fräulein Fifi
2. Schwestern Rondoli
3. Milly Harriet
4. Das Haus
5. Mondschein
6. Herr Parent
7. Der Horla
8. Die Schnepfe
9. Der Liebling
10. Ein Mensche leben
11. Stark wie der Tod
12. Dirlichen
13. Hans und Peter
14. Die kleine Roque
15. Ruhelose Schönheit
16. Der Tugendpreis
17. Schnaps-Anton
18. Unser Herz
19. Tag- u. Nachtgeschichte
20. Mont Oriol

Jeder Band elegant gebunden 8.40 Mk. **Buchhandlung „Freiheit"** Berlin C 2 Breite Straße 8—9

Altmetalle verkauft man nur richtig **Weidenweg 72** Gr. Posten Fahrgelegenh.

Osterwein „Santa Lucia"

Käuflich in Apotheken, Drogen- und Feinkosthandlungen. — Bergstrasse 34 Norden 4638. Nachahmungen zurückweisen.

Bekanntmachung

Folgende Aenderung der Satzung und Wahlordnung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft.

A. Satzungsänderung:

§ 9 Abs. 1 erhält folgenden Zusatz:

„Die Mitglieder sind verpflichtet, sich bei Beginn der Behandlung als Kassenmitglieder durch Vorlegung eines Krankenscheins auszuweisen. Wer nicht im Besitze eines Krankenscheins ist, muß den Arzt vorläufig von seiner Mitgliedschaft in Kenntnis setzen und den Krankenschein innerhalb 3 Tagen beibringen. Kosten, die dadurch entstehen, daß Versicherte dem Arzt von ihrer Mitgliedschaft keine Kenntnis geben oder den Schein nicht rechtzeitig beibringen, werden von der Krankenkasse nicht übernommen."

§ 39 Abs. 3 lautet wie folgt:

„Denjenigen Mitgliedern, welche in der Lage sind, den Arzt aufzusuchen, steht die Auswahl unter den Aerzten und Zahnärzten der Kasse, welche am Wohnort der Versicherten Sprechstunde abhalten, frei. Versicherte, die nicht in der Lage sind, einen Arzt aufzusuchen, müssen sich den Arzt aus denjenigen zur Verfügung stehenden Kassenärzten wählen, die innerhalb eines Umkreises von 2 Kilometern von ihrer Wohnung aus Sprechstunde abhalten. Verlangen dieselben einen Kassenarzt, der weiter entfernt wohnt, zu einem Besuch, so sind sie verpflichtet, die Wegekosten zu tragen. Befindet sich am Wohnort eines Kassenmitgliedes, welcher im Behandlungsbezirk wohnt und nicht in der Lage ist, einen Arzt aufzusuchen, kein Kassenarzt, so ist dasselbe verpflichtet, den nächst wohnenden Arzt zu bestellen. Entstehen keine Wegekosten, so hat der Versicherte die Auswahl unter allen in der Nähe wohnenden Aerzten."

Beschlossen in der Vorstandssitzung vom Donnerstag, den 21. Januar, in der Ausschußsitzung vom Montag, den 31. Januar 1921.

Berlin, den 2. Februar 1921.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

gez. Simon, Vorsitzender. gez. Artur Schmitt, Schriftführer.

Genehmigt.

Charlottenburg, den 3. März 1921.

Oberversicherungsamt Berlin.

gez. Mengel.

(L. S.) Nr. B. K. II. 74/21.

I. Aenderung der Wahlordnung:

§ 4 der Wahlordnung erhält folgenden Wortlaut:

„Der Vorstand hat mindestens 6 Wochen vor der Wahl Tag, Beginn und Ende der Wahl, mindestens 1 Woche vor dem Wahltage die Wahllokale nach § 110 der Satzung bekanntzugeben."

Beschlossen in der Vorstandssitzung vom Donnerstag, den 21. Januar, in der Ausschußsitzung vom Montag, den 31. Januar 1921.

Berlin, den 2. Februar 1921.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

gez. Simon, Vorsitzender. gez. Artur Schmitt, Schriftführer.

Genehmigt.

Charlottenburg, den 3. März 1921.

Oberversicherungsamt Berlin.

gez. Mengel.

(L. S.) Nr. B. K. II. 74/21.

Husten Heiserkeit, Asthma u. Lungenleiden ist San.-Rat Dr. Wegscheiders **Brust-Tee** nach Original-Vorschrift seit Jahren täglich empfohlen und bewährt. in Pak. zu 5.— u. 9.50 Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 101 Leipziger Straße 74 (Pöndeplatz)

25 Prozent Rabatt auf leichtbeschädigte Bücher und Broschüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Zigarettengroßhandlung Bek. Marken! Wiederverkäufer Dessen, Alexanderplatz 2, 1 Tr.

Bandwurm mit Kopf verloren! „Seit 7 Jahren an Bandwurm leidend u. nun schon 6 Mittel erfolglos gebraucht, probierte ich jetzt Ihr Mittel u. habe nach 1½ Stunden den Bandwurm mit Kopf verloren." Es wurden bereits Tausende d. Reichel's Bandwurmmittel Medico befreit! M. 10.— (für Kinder M. 7.50 (Altersangabe) Otto Reichel, Berlin 68, SO., Eisenbahnstr. 4.

Statt jeder besonderen Meldung!

Heute verschied mein lieber Mann, guter Vater, der Kaufmann

Julius Moses

Berlin, d. 16. März 1921. Blücherstrasse 37a.

Hulda Moses geb. Spitz.

Die Einäscherung findet am Montag, den 21. März 1921, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37 statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Die Arbeiterin **Elise Schaar** Andreasstraße 22, am 14. März. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 19. März, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.

Der Dreher **Rudolf Gröger** Gr. Frankfurter Straße 131, am 15. März. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. März, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichsfelder Kirchhofes aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:

Die Arbeiterin **Marie Kusch** am 1. März.

Der Dreher **Paul Döring** Schenkendorf, am 8. März.

Der Arbeiter **Karl Endemann** Manteuffelstraße 77, am 9. März.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Verband der Buchbinder u. Papierverarbeiter

Heute, Freitag, den 18. März, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshause (Großer Saal:

Jahres-Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. — 2. Neuwahl der Gesamtverwaltung. — 3. Stellungnahme zu den eingegangenen Anträgen. — 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Delegierten in dieser Versammlung zu erscheinen. Delegiertenkarte gilt als Legitimation.

Die Ortsverwaltung.

Zeitungs-Austrägerinnen

stellt ein

Spedition Marie Döring

Steinmetzstraße 23.

Wenn der Junge zu Ostern in die Lehre kommt ...

braucht er Kleidung! Soll er das Handwerk erlernen, auf Arbeit gehen oder sonst einen Beruf ergreifen, stets muß er hierzu passende Sachen haben. Diese Kleidung können Sie am billigsten kaufen in dem größten Spezialgeschäft für **Arbeiter-Berufskleidung**

Kohnen & Jöring Berlin, Alexanderstrasse 12 Filialen: Rosenthaler Straße 53 ◇ Landsberger Allee 148 ◇ Neukölln, Bergstraße 61

Auch finden Sie bei uns stets sehr preiswert: **Herren-, Burschen-, Knaben-Anzüge, Joppen und Hosen**

Groß-Berlin

Wir sind noch Brüder!

Dem Andenken der gefallenen Revolutionskämpfer

Was uns auch trennt: Wir sind noch Brüder,
In uns pulst all das gleiche Blut;
Sind wir nicht eines Grales Hüter,
Erfüllt von eines Stromes Glut?
Wir sind die Kraft, wir sind das Werde,
In dem das Alte sich erneut.
In Schmutz und Kot versank die Erde;
Doch mit uns siegt die neue Zeit.

Mein Volk, ich höre deine Stimme,
Den ülenden Verzweiflungsschrei.
Mir pocht das Herz im wilden Grimme
Und sehnt das Ende schnell herbei.
Sah'n wir nicht deine Besten fallen?
Ihr Blut floß in den Straßenkot.
Und geisterhaft, hoch über allen,
Schwebt Pesthauch aufgescheuchter Not.

Was trennt uns noch? Die wir begraben
Sind unser aller Brüder noch;
Sind uns're Toten, denn sie haben
Wie wir getragen schweres Joch.
Sind wir doch einer Mutter Söhne,
Wir alle: Proletariat!
Was auch die Falschheit lügt' und höhne, —
Wir sind die Kraft! Durch uns die Tat!

Achtzehnter März! Wollt ihr entehren
Der Toten Brüder Hügelreih'n?
Ihr sollt bei ihren Gräbern schwören:
Ein Wille darf nur künftig sein. —
Was auch die Reaktion ersinne,
Mit Hinterlist, Gewalt und Trug:
Dann ruft der Arbeit Volk, das kühne
Ein einzig donnerndes: Genug!

Otto Meier.

Eröffnung des neuen Brandenburgischen Provinziallandtages

Der Brandeburgische Provinziallandtag, der auf Grund der allgemeinen und unmittelbaren Wahlen am 20. Februar neugebildet ist und gegenwärtig 92 Abgeordnete umfaßt, trat gestern mittag im Landeshause zu seiner 51. Tagung zusammen. Viele Bürgermeister und Landräte, die Mitglieder der früheren Provinziallandtage gewesen waren, sind nicht wiedergewählt worden, zahlreiche neue Männer, insbesondere bei den sozialistischen Parteien, an ihre Stelle getreten. Das Stärkeverhältnis der bürgerlichen Parteien zu den drei sozialistischen Fraktionen ist 51 zu 41. Dem neuen Provinziallandtag gehört diesmal, im Gegensatz zu dem letzten Landtag, keine Frau an.

Der Oberpräsident Dr. Maier eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, die zunächst sehr nationale Gedankengänge enthielt; er sprach von der „feindlichen Gewalt, die das Recht gebrochen“ habe, von „leuchtenden Zeichen deutscher Seelenkraft“ usw. usw.

Dann zeichnete er den Aufgabenkreis des Provinziallandtages etwa folgendermaßen: Die veränderte staatsrechtliche Stellung der Provinzen gibt bereits der ersten Tagesordnung das Gepräge. Als bedeutungsvollste Punkte stehen auf ihr die Wahlen zum Staatsrat und die von der Staatsregierung unterbreitete Vorlage, die die gutachtliche Stellungnahme zu einem Gesetzentwurf über die in der preußischen Verfassung angekündigte Erweiterung der Autonomie der Provinzen zum Gegenstand hat, um die Anteilnahme der Provinzen am Staate durch Erweiterung ihrer Befugnisse zu vertiefen.

Von den übrigen Vorlagen sind hervorzuheben, die Wahlen der durch die Neubildung des Landtages neu zu bestellenden provinziellen Organe, sowie die Vorlage über die Deckung eines Fehlbetrages für das Jahr 1920. Ferner wird die gleichfalls dringend notwendige Beratung des Haushaltsplanes für 1921 dem Provinziallandtag obliegen.

Von großer Bedeutung für die Provinz Brandenburg ist ferner die Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Zusatzbeihilfen zu den durch Staatsgesetz vom 12. Januar 1921 vom Staat bewilligten Beihilfen zur Ausgleichung der durch das Hochwasser im Sommer 1920 im Warthe- und Oderbruch herbeigeführten Beschädigungen.

Da die Fraktionen sich in den Vorbesprechungen über die Besetzung des Präsidiums nicht haben einigen können, wurde die Bildung des Vorstandes vertagt. Die Wahl zum Staatsrat soll am Sonnabend stattfinden.

Markenfreie Fleischlieferungen

In der bürgerlichen Presse wird ein Bericht des zur Prüfung der angeblichen Unterschlagungen auf dem Schlachthof angesetzten Stadtverordnetenausschusses wiedergegeben. In ihm wird in durchaus tendenziöser Weise der Eindruck zu erwecken gesucht, als wenn nach der Revolution eine Begünstigung von Arbeiterorganisationen und Kongressen in der Fleischbelieferung stattgefunden hätte. Das ist falsch. Für diese Kongresse haben nur die Anordnungen gegolten, die schon während des Krieges für derartige Zwecke getroffen waren. Für sie sind also nicht die Männer verantwortlich, die durch die Revolution an ihre Posten kamen, sondern die früheren Machthaber. Von einer irgendwie unzulässigen Bevorzugung einer Partei oder bestimmter Personen ist auch in den Verhandlungen des Ausschusses absolut kein Anhaltspunkt gefunden worden. In gleicher Weise datieren alle Bestimmungen über Versorgung aller Diplomaten mit Lebensmitteln, da im Auslande in gleicher Weise verfahren würde.

Dem Gedenken

der gefallenen Revolutionskämpfer
und der Märzgefallenen von 1848
sind die Gedächtnisfeiern gewidmet, die heute, am

fünfzigsten Jahrestag der Pariser Kommune

stattfinden. Die Lokale sind:

Bockbrauerei, Fidicinstraße,
Bockbrauerei, Chausseestraße

Die Gedächtnisredner sind die Reichstagsabgeordneten Genossen Adolf Geck-Offenburg und Bernhard Kuhnt-Chemnitz. Die Veranstaltungen werden noch durch Rezitation und Gesang zu würdigen Gedenkfeiern ausgestaltet. Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pf. Eintrittsgeld erhoben.

Gedenkfeier der Märzopfer in Adlershof

Nicht inmitten des Friedhofes, sondern abseits, am Wege, der hinausführt in dunkles Fichtengrün, sind sie gebettet. In langer Reihe nebeneinander geschichtet, erheben sich ihre Hügel — 15 an der Zahl. Nicht auf blutiger Wahlstatt, nicht im Barrikadenkampf waren sie gefallen, sondern feige und hinterrücks von einer blutgierigen Soldateska erschlagen und erschossen mußten sie dahinsinken.

Als sie gebettet wurden, umbrandet und umtost von den Wogen der Revolution, die in den Kapp-Putschtagen besonders hoch aufschlugen, ging ein schmerzerfülltes Beben durch Herz und Hirn. — Ein Gelöbnis war's, nicht zu rasten und zu ruhen, sondern

zu schaffen, daß die Erde,
darin sie ruhen strack und starr,
ganz eine freie werde.

Alt und jung liegen sie beieinander. Keine Barrikadenkämpfer und doch durchglüht und durchloht vom heißen Odem der Freiheit; — bereit, ihr Leben in die Schanze zu schlagen. — So haben sie mit ihrem Blut die Erde gedüngt. Märzopfer! —

Die Gemeinde hat ihnen ein Denkmal gestiftet, daß am Sonntag, den 20. März, der Oeffentlichkeit übergeben werden soll. Die revolutionäre Arbeiterschaft des 15. Verwaltungsbezirks will diesen Tag durch eine würdige Feier begehen. Genosse Manasse hat die Denkrede übernommen. Nachmittags, pünktlich 2 Uhr, treten die einzelnen sozialistischen Parteien am Adlergestell an, mit der Spitze gegen den Bahnhof Adlershof gerichtet, um in geschlossenem Zuge den Friedhof zu erreichen, wo um 3 Uhr die Gedächtnisfeier stattfindet. Die Ordner werden von den einzelnen Parteien gestellt. Sorge jeder für eine große Beteiligung.

Die Genossen und Genossinnen aus den Ortschaften des 15. Bezirks werden dringend gebeten, zahlreich zu der Feier zu erscheinen.

Das Urteil im Sonnenfeld-Prozeß

Nach fast dreiwöchiger Verhandlungsdauer wurde gestern nachmittag in dem großen Prozeß Sonnenfeld und Genossen das Urteil gefällt. Es lautet:

Die Angeklagten Paula Sonnenfeld, Gertrud Schlack, Bumann und Hauptmann von Frankenberg werden freigesprochen.

Der Angeklagte **Ernst Sonnenfeld** wird wegen schweren Diebstahls, Betruges und gewinnsüchtiger Urkundenfälschung zu einer **Gesamtstrafe von zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis**,

der Angeklagte **Hermann Sonnenfeld** wegen Begünstigung in Tateinheit mit versuchter Erpressung zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr, die Angeklagten Wuttke und Herbert Sonnenfeld wegen Begünstigung zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt. Diesen beiden Angeklagten wurde außerdem die Bewährungsfrist zugebilligt.

Den beiden Sonnenfelds wurde die Untersuchungshaft voll angerechnet. Außerdem wurde Ernst Sonnenfeld für die letzten sechs Monate der zu verbüßenden Strafe ebenfalls die Bewährungsfrist zugesprochen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Die für Sonntag angesetzte Funktionärkonferenz kann wegen besonderer Umstände nicht stattfinden. Die Geschäftsleitung.

Kommunale Kommission Groß-Berlin. Am Freitag, den 18. März, abends 6 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9, Konferenz sämtlicher Obleute und Stellvertreter der kommunalen Kommissionen der Verwaltungsbezirke und Distrikte. Vortrag des Genossen Schüning. Pünktliches und bestimmtes Erscheinen ist Pflicht.

Jugendweihe in Reinickendorf. Am kommenden Sonntag finden für Reinickendorf-Ost in der Zeit von 9 bis ½11 Uhr und 11 bis ½1 Uhr zwei Feiern im Realgymnasium, und in Reinickendorf-West eine Feier in der Zeit von 11 bis ½1 Uhr in der Aula der 5. Gemeindeschule statt. An künstlerischen Kräften wirken mit: Godfried Zoelander und Sela Trau-Stössinger (Cello), Elsa Kühne und Ilse Stein (Rezitation), Paul Bona und Otto Busack (Harmonium). Ferner der Männergesangverein „Einigkeit“ und der „Männerchor Reinickendorf“. — Gastkarten zu 1 M. sind noch in beschränkter Anzahl bei den Parteifunktionären, im Volkshaus und bei dem Genossen Kaufmann zu haben.

Die Jugendweihe in Neukölln findet Sonntag, den 20. März 1921, im großen Festsaal der „Neuen Welt“, Neukölln, Hasenheide Nr. 108-114, statt. Beginn pünktlich 9 Uhr vormittags.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz). Jugendweihe. Zu der am 20. März, vormittags 10½ Uhr, im Lyzeum, Rothenburgstr., stattfindenden Jugendweihe hat die Weiherede die Genossin Dr. Krische übernommen. Es wirken ferner mit ein Künstler-Streich-Trio, Opernsängerin Frl. Inge Heldberg, Rezitation Frl. Bohne und ein Pianist und Harmoniumspieler. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß sich die Weihelinder schon um 10 Uhr einfinden müssen.

13. Verwaltungsbezirk Tempelhof-Mariendorf. Heute, Freitag, 8 Uhr abends, Bezirksversammlung im Tempelhofer Lyzeum, Germaniastraße. Einführung der Bezirksamtsmitglieder.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, die gesehen haben, wie eine Frau auf dem Bahnhof Gesundbrunnen am 12. Februar, abends gegen 7 Uhr beim Aussteigen zu Fall kam und vom Zuge mitgeschleift wurde, trotzdem jemand die Notbremse zog, werden um Angabe ihrer Adresse gebeten an Gerth, Tempelhof, Parkstraße 2.

Auf den Schienen tot aufgefunden wurde gestern abend der 21 Jahre alte Arbeiter Paul Brandstätter aus der Kameruner Straße 46. Der junge Mann hat augenscheinlich einen Stadtbahnzug auf dem Bahnhof Friedrichstraße auf der falschen Seite verlassen und ist so unter den Zug geraten, der gleich darauf wieder abfuhr.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen
Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(8. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

„Sie werden es aufrechterhalten?“

„Ja, Herr.“

„Wir können uns auf Sie verlassen? Sie werden keine Dummheiten mehr machen?“

„Ja, Herr.“

„Sie schwören, daß all dies wahr sei?“

„Ich schwöre.“

„Werden sich von niemandem überreden lassen, die Aussage zurückzunehmen? Was auch immer man Ihnen sagen mag?“

„Nein, Herr.“

„Gut,“ meinte Guffey, und aus seiner Stimme tönte die Erleichterung eines Geschäftsmannes, der soeben ein wichtiges Geschäft abgeschlossen hat. Er wurde schier menschlich, da er fortfuhr: „Peter, jetzt sind Sie unser Mann, und wir werden auf Sie zählen. Sie verstehen natürlich, daß wir Sie als Zeugen zurückhalten müssen, doch sind Sie kein Gefangener mehr, werden gut behandelt werden. Wir werden Sie ins Gefängnisspital schicken, dort bekommen Sie gut zu essen, brauchen nicht arbeiten. In einer Woche etwa werden Sie vor die Geschworenen kommen. Inzwischen — Sie verstehen, niemandem ein Wort. Vielleicht werden Leute versuchen, etwas aus Ihnen herauszuzerren, aber öffnen Sie den Mund in dieser Angelegenheit nur mir gegenüber. Ich bin Ihr Herr und werde Ihnen sagen, was Sie zu tun haben. Ich werde Ihnen helfen. Verstanden?“

„Ja, Herr,“ erwiderte Peter.

8.

Eine Legende erzählt, es habe einmal einen Neger gegeben, der sich freiwillig die Zehe gegen einen harten Gegenstand stieß, weil es so angenehm war, wenn der Schmerz nachließ. Nach dem gleichen Prinzip verlebte Peter im Gefängnisspital glückliche Tage. Er hatte ein weiches Bett sowie genügende Nahrung und brauchte keine Arbeit zu verrichten. Allmählich heilten seine Finger und sein Gelenk, er nahm täglich fast ein halbes Pfund zu, und sein reger Geist schickte sich an, seine Umgebung zu studieren, zu erfinden, wie er es anfangen müsse, um auf unbestimmte Zeit diese angenehmen Verhältnisse genießen zu können und noch andere kleine Behaglichkeiten zu erringen, die das Leben erst des Lebens wert machen.

Der Leiter des Spitals war ein alter Mann, namens Doobmann. Er hatte diesen Posten bekommen, weil er der Onkel eines Stadtrates war, und füllte ihn seit sechs Jahren aus, in welcher Zeit er fast ebenso sehr zugenommen hatte, wie Peter es tat. Er befand sich nun bereits in einer Verfassung, daß er es soviel wie möglich vermied, sich aus seinem Lehnstuhl zu rühren. Peter entdeckte dies und benützte es, um sich auf verschiedene Arten nützlich und beliebt zu machen. Herr Doobman huldigte einem geheimen Laster: er schnupfte und wollte um der Disziplin willen nicht, daß diese furchtbare Tatsache bekannt werde. Deshalb wartete er stets, bis ihm alle den Rücken drehten, und erst dann nahm er eine Prise. Peter bemerkte dies, und drehte dem alten Mann taktvoll in regelmäßigen Zeitabschnitten den Rücken.

Jedermann in diesem Spital huldigte einem geheimen Laster, und es war Herrn Doobmans Pflicht, die Laster der anderen im Zaum zu halten. Zu den Insassen des Spitals zählten auch viele Gefangene, die Geld hatten und sich die Annehmlichkeiten des Lebens leisten konnten. Sie verlangten nach Tabak, Whisky, Kokain, und etliche forderten sogar die Möglichkeit, allerhand schmutzige Dinge zu treiben. Sie waren gerne bereit, ihr ganzes Geld für die Befriedigung ihrer Lüste auszugeben. Die Angestellten des Spitals waren lauter politische Beamte, Schiffbrüchige, die sich in der kommerziellen Welt nicht über Wasser hatten halten können und gleich Peter nach einer leichten Beschäftigung gesucht hatten. Sie ließen sich alle bestechen und waren auch bereit, Peter zu bestechen, damit er ihnen helfe, Herrn Doobman zu hintergehen. Herr Doobman seinerseits war geneigt, Peter mit vielen Vergünstigungen zu belohnen, falls dieser ihm geheime Informationen verschaffe. In einer derartigen Lage fiel es einem gewandten Menschen leicht, sich ein kleines Kapital anzusammeln.

Meist blieb Peter Herrn Doobman treu, denn er hatte aus bitterer langer Erfahrung gelernt, es lohne sich, ehrlich zu sein. Doobman wurde von den anderen Angestellten „der Alte“ genannt; in Peters Leben, seit der Dämmerung der Kindheit, hatte es stets einen „Alten“ gegeben, — den Quell der Autorität, den Spender körperlichen Behagens. Zuerst war es der „Alte“ Drubb gewesen, der vom frühen Morgen bis zum späten Abend grüne Brillen trug, auf die Brust geheftet ein Schild: „Ich bin blind“, und sich von einem müden kleinen Kind an der Hand durch die Straßen führen ließ. Nachts, wenn sie in ihre Dachkammer heimkehrten, nahm der „Alte“ die grünen Brillen ab und vermochte Peter sehr genau zu sehen, und wenn Peter tagsüber auch nur den geringsten Fehler begangen hatte, so schlug er ihn blau und grün.

Da Drubb verhaftet wurde, kam Peter in ein Waisenheim; auch hier gab es einen „Alten“, und die gleiche harte Lektion der Untertänigkeit mußte gelernt werden. Peter entfloh dem Waisenheim, und nun kam er zu Pericles Priam und dessen „prächtigem, peintötendem Mittel“, und auch hier studierte Peter die Launen seines Herrn und diente dessen Interessen. Als Pericles eine reiche Witwe heiratete und Peter fortjagte, gelangte er in den Tempel des Jimjambo. Dort war der „Alte“ Tuschbar Akrogas, der Majordomus, gewesen, furchtbar in seinem Zorn, doch ein großmütiger Geber, wenn man es verstand, seiner Eitelkeit zu schmeicheln, seine Schwächen auszunützen, ihm den Weg seiner Lüste zu ebnen. Alle Jahre seines Lebens hatte Peter die Kniegelenke beugen müssen, bis ihm dies zum Instinkt geworden war — einem Instinkt, der zurückging weit bis hinter die zwanzig Jahre seines bewußten Lebens, zurückging zwanzigtausend Jahre, vielleicht sogar zehnmal zwanzigtausend einen Steinspeer geschnitzt und Markknochen für einen Jahre, bis zu einer Zeit, da Peter an einer Höhlenöffnung „Alten“ der Sippe geröstet und gesehen hatte, wie aufrührerische junge Männer dem säbelzahnigen Tiger zur Beute hingeworfen worden waren.

9.

Peter entdeckte, daß er im Spital eine Persönlichkeit sei. Er war der „Zeugenstar“ im sensationellen Fall Goober, über den die ganze Stadt, ja, das ganze Land sprach. Es war bekannt, daß er „Staatszeuge“ geworden sei, was er jedoch wußte, wieviel er verraten habe, war ein dunkles Geheimnis, und Peter „hielt das Maul“, blickte gewichtig drein und freute sich seiner Bedeutsamkeit.

Doch lag kein Grund vor, weshalb er nicht den Reden der anderen lauschen, kein Grund, weshalb er sich nicht über den ganzen Fall informieren sollte, auf daß er künftighin für sich selbst sorgen könne. Er hörte an, was der „Alte“ Doobman zu sagen hatte, was Jan Christian, der schwedische Assistent, dazu meinte, und was Gerald Leslies, des Kohlenteufels, Ansichten waren. Alle diese Leute und auch noch andere Insassen des Spitals hatten draußen Freunde, die etwas „Genaues“ wußten. Die einen berichteten das eine, die anderen das gerade Gegenteil; Peter verglich, verband die Reden, benützte seinen scharfen Verstand und glaubte bald, nun wisse er die Wahrheit über den Fall.

(Fortsetzung folgt.)

Der Prozeß gegen Hauptmann von Kessel

Die Staffel Kessel — das Zentrum der Konterrevolution

Dritter Verhandlungstag

In der gestrigen Verhandlung wurde in der Vernehmung des Kriegsgerichtsrats Meyer fortgefahren. Gegenstand der Vernehmung bildet die Aussage v. Kessels bei seinem Verhör durch Dr. Meyer am 6. Juni 1919. Der Zeuge bekundet hierzu, daß ihm damals nicht der Gedanke gekommen sei, mit dem Angeklagten über die falschen Papiere, die Marloh bei seiner Flucht benutzte, zu sprechen. Später habe ihm Marloh nach seiner Verhaftung mitgeteilt, **daß er diese Papiere blanko am 2. Juni von Wehmeyer oder von Hofmann erhalten habe.** Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er gerade den Kriegs-Ranglistenauszug selbst mit „v. Klaar" unterzeichnet habe, erklärt der Angeklagte, **derartige Unterschriften seien viel für die Nachrichtenabteilung gegeben worden.** Bezüglich des Punktes seiner Aussage, Marloh litte an Verfolgungswahnsinn, erklärte sodann Hauptmann v. Kessel, er habe stets zum Ausdruck gebracht, Marloh sei seiner Ansicht nach ein Kranker.

Kriegsgerichtsrat Meyer schildert dann, wie sich die Beeidigung abspielte. Bei der Vernehmung handelte es sich um einen Nacheid. Die Frage der Beeidigung wurde schon akut, als v. Kessel dem Zeugen sagte, er wisse von der ganzen Sache nichts. Der Zeuge diktierte dann dem herbeigeschafften Protokollführer das Protokoll und sagte dem Angeklagten: „Ich bitte, jetzt den Eid zu leisten." Kessel bestätigte, daß er mit gutem Gewissen beschwören könnte, daß die Staffel K. nicht hinter der Flucht stehe und leistete dann den Eid. — Rechtsanwalt Dr. Alsberg: Herr Zeuge, verlautete damals nicht gerüchtweise, daß von verschiedenen Stellen Einwirkungen stattfänden, um den Prozeß noch nicht stattfinden zu lassen? — Zeuge: Solche Gerüchte sind umgegangen, **und Herr v. Kessel hat mich mehrfach zu bestimmen versucht, den Prozeß nicht stattfinden zu lassen.** Dieses Ansinnen habe ich aber schroff zurückgewiesen. Kessel appellierte immer an mein vaterländisches Empfinden und sagte,

der Prozeß sei jetzt unmöglich,

schon mit Rücksicht auf den Oberst Reinhardt und einen zu befürchtenden Umsturz.

Rechtsanwalt Dr. Alsberg: **Hat nicht auch ein Staatsanwalt auf Sie eingewirkt, den Prozeß nicht stattfinden zu lassen?** — Zeuge Kriegsgerichtsrat Meyer: **Jawohl.** — Rechtsanwalt Alsberg: Wer war das? — Der Vorsitzende macht hier eine Einwendung, indem er sagt, daß aus strafprozessualen Gründen die Beantwortung nicht unbedingt notwendig ist. — Da Rechtsanwalt Alsberg auf der Beantwortung der Frage besteht, erklärt der Vorsitzende: Ich möchte die Frage dann gleich erweitern und fragen, ob außer einem Staatsanwalt im Kriminalgericht auch noch von militärischen Stellen der Versuch gemacht worden ist, auf Sie einzuwirken. — Zeuge:

Ich erinnere mich eines solchen Versuches in drei Fällen.

Der erste Fall traf nach der Flucht Marlohs ein und betraf den inzwischen verstorbenen Kapitänleutnant v. Pflugk-Harttung. (Liebknechtmörder! Die Red.) Dieser nahm mich eines Tages beim Mittagessen beiseite und sprach mit mir in derselben Weise wie der Angeklagte, daß ein Vorsichgehen des Prozesses jetzt nicht im vaterländischen Interesse läge. Im zweiten Falle suchte mich der Staatsanwalt Schönner, den ich von früher her kannte, Mitte September in meinem Bureau in der Friedrichstraße auf und fragte mich, wann der Prozeß Marloh stattfinden solle. Wie weit er zum Ausdruck brachte, **daß ein Nichtstattfinden im vaterländischen Interesse läge,** kann ich nicht sagen. Jedenfalls lief die Unterhaltung darauf hinaus, daß er jetzt nicht stattfinden dürfe. — Vors.: Wußten Sie, daß Staatsanwalt Schönner **in einem politischen Dezernat arbeitet?** — Zeuge Das war mir bekannt. — Rechtsanwalt Dr. Alsberg: **Staatsanwalt Schönner war politisch tätig bei Staatsanwalt Dr. Weismann und ist mit ihm zum Staatskommissariat für die öffentliche Sicherheit gegangen.** — Kriegsgerichtsrat Meyer fortfahrend: Der dritte Herr, wer es war, weiß ich nicht, war

ein Herr vom Polizeipräsidium.

Auch er versuchte, mir klar zu machen, daß der Prozeß im vaterländischen Interesse nicht stattfinden dürfe. — Vors.: Haben Sie mit den drei Herren dem Hauptmann Pabst, Staatsanwalt Dr. Weismann und dem Polizeipräsidenten Ernst darüber gesprochen, daß der Marloh-Prozeß nicht im Staatsinteresse läge? — Zeuge: Nein. Staatsanwalt Dr. Weismann war mir oberflächlich bekannt. Hauptmann Pabst kenne ich zwar, habe aber meines Wissens mit ihm über den Marloh-Prozeß überhaupt nicht gesprochen. Polizeipräsident Ernst kenne ich gar nicht.

Der Zeuge fügt dann seiner Aussage noch folgendes hinzu: Als v. Kessel das unglaubliche Ansinnen bezüglich des Marloh-Prozesses an mich stellte, und mir immer erklärte, von älteren Juristen den Rat bekommen zu haben, für das Nichtstattfinden des Prozesses zu sorgen, kam es mir immer vor, als wenn er mir diese Ansicht von älteren Juristen aufpfropfen wollte.

Es folgt dann die Besprechung der verschiedenen Meldungen, die über die Erschießung in der Französischen Straße von Marloh, mit Hilfe v. Kessels, Staatsanwalts Zumbroich und Staatsanwalts Dr. Weismann, angefertigt wurden. — Rechtsanwalt Dr. Alsberg zum Zeugen Dr. Meyer: Als der Angeklagte nach der Flucht Marlohs Ihnen auseinandersetzte, die Durchführung eines Marloh-Prozesses würde in der damaligen Zeit nicht im vaterländischen Interesse liegen, sollen Sie gesagt haben, es sei auch zweifelhaft, ob Marloh etwas passieren solle, denn er sei ja

durch den Schießerlaß Noskes

gedeckt. — Zeuge: Jawohl.

Der nächste Zeuge ist der frühere Chef der Sicherheitspolizei, Oberst Arens. Er bekundet: Ich habe den ersten Kessel-Prozeß in den Zeitungen verfolgt, insbesondere die Aussage des Pfarrers Rump. Den Hauptmann v. Kessel, wie ihn Rump dargestellt hat, kenne ich nicht. Das war ein Zerrbild, das da entworfen wurde. Ich kenne Hauptmann v. Kessel als einen pflichttreuen und ehrliebenden Offizier, der dem Vaterland in schwerer Zeit große Dienste geleistet hat. (Sehr erregt): **Wenn wir nicht damals Männer wie Reinhardt und v. Kessel gehabt hätten, dann würden wir heute noch russische Zustände hier haben.**

Die Abteilung Kessel war vorbildlich.

Sie ist auch den Ministern Hirsch und Heine vorgeführt worden, die Kessel ihre höchste Anerkennung gezollt haben. Kessel gebührt der Dank aller vaterlandsliebenden Elemente. Allerdings hat er sich den Haß der Linksradikalen zugezogen. — Der Vorsitzende unterbricht den Zeugen, mit dem Hinweis, daß er politische Verhältnisse nicht zu berühren brauche.

Hierauf wurde der frühere Adjutant Hauptmann v. Kessels, Oberleutnant Hofmann, vernommen. Er sagt aus: In der Staffel sei damals viel davon gesprochen worden, es wäre das **beste, wenn Marloh verschwinde.** Kessel selbst habe sich in gleichem Sinne zu ihm geäußert, aber auch erklärt, das Garde-Kavallerie-Schützenkorps wüßte es,

auch Hauptmann Pabst, Noske, Lüttwitz, Weismann und Ernst seien dieser Ansicht.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß Noske hierüber nicht direkt mit dem Angeklagten gesprochen habe, sondern daß dieser es durch Hauptmann Pabst erfahren habe.

Im Laufe seiner weiteren Vernehmung wird Oberleutnant Hofmann wiederholt von dem Vorsitzenden auf sein Zeugnisverweigerungsrecht aufmerksam gemacht. Oberleutnant Hofmann macht jedoch keinen Gebrauch hiervon. Auch nach seiner **Angabe machte der Artikel in der „Freiheit"** — Gute Zeiten für Mörder — **auf Marloh, der sich zur Flucht zunächst ablehnend verhielt, in seiner Haltung aber schwankend war, großen Eindruck.** — Vors.: Tauchte nun bei Ihnen allen die Vermutung auf, daß nun ein Haftbefehl erlassen werden könnte? — Zeuge: Nein. Der Haftbefehl kam vollkommen überraschend. Wir ahnten nichts davon, bis ich am 1. Juni vom Garde-Kavallerie-Schützenkorps telephonisch angerufen wurde und ich von Leutnant v. Grolmann die vertrauliche Nachricht erhielt, daß der Haftbefehl gegen Marloh erlassen worden war. **Ich ging dann sofort in die im Keller befindliche Wohnung von Marloh und setzte ihn davon in Kenntnis.** Ich schätzte Marloh sehr hoch und wußte, daß die

höheren Dienststellen den Prozeß nicht wünschten.

Daher habe ich Marloh in vollem Bewußtsein zur Flucht verholfen. — Vors.: Ich muß noch folgendes sagen: Nachdem Sie durch einen derartigen Vertrauensbruch, wie den des Leutnants v. Grolmann, von dem Haftbefehl, der nach einem drei Monate langen Verfahren ergangen war, erfahren hatten, hätten Sie da nicht doch Ihre Gründe und die Zweckmäßigkeit zurückstellen müssen? — Zeuge: (sehr fest): Nein. — Vors.: Ich sage: Doch, ja! — Oberleutnant Hofmann: Ich sagte mir: Nein! **Denn die Verhaftung schien doch nur eine Verbeugung vor der linksradikalen Partei zu sein.** Und so ist es auch sicherlich gewesen.

Oberleutnant Hofmann schildert dann weiter die

Unterhaltung bei Pfarrer Rump,

in der über die Möglichkeit gesprochen wurde, Marloh in einer Heilanstalt unterzubringen oder ihn ganz verschwinden zu lassen. — Zeuge: Als Bedingungen hierfür diktierte Pastor Rump folgendes: **150 000 Mark in bar, ein Rittergut, Auslandspaß und spätere Rehabilitierung Marlohs.** Ich ging dann bald weg, um den Rechtsanwalt Kitaik aufzusuchen, den ich jedoch nicht antraf. Am Abend unterhielt ich mich dann mit v. Kessel und sagte ihm, ich käme von Pastor Rump. Kessel schnitt jedoch die Unterhaltung kurz ab. — Vors.: Marloh sollte verhaftet werden. Sie waren mit ihm bei Pastor Rump, dann erfolgte der Besuch des Kriegsgerichtsrats Meyer bei v. Kessel, **und über dies alles sollen Sie mit Kessel nicht gesprochen, noch ihm darüber Andeutungen gemacht haben? Ich glaube Ihnen kein Wort davon.** — Zeuge: Das glaube ich. — Der Zeuge schildert dann die bekannte Art, in der die Flucht vom Anhalter Bahnhof aus erfolgte. — Vors.: **Die ganze Sache hat doch nun Geld gekostet?** — Zeuge: Jawohl, ich hatte ja einen Auslagefond und gab das Geld hieraus in Höhe von 2500 Mark dem Marloh. Das Geld hatte ich bereits am Sonnabend auf Scheck abgehoben. Oberleutnant Kessel hatte schon früher gesagt: **Sie haben einen Fond. Wenn Marloh Geld anfordert, dann geben Sie, was er braucht.** Wie die falschen Papiere Marlohs zustande gekommen sind, weiß der Zeuge nicht. — Vors.: Sie wußten doch damals schon, daß die

Flucht des Leutnants Vogel,

die ebenfalls mit Hilfe von Kameraden vor sich gegangen war, berechtigte Entrüstung erregt hatte. — v. Kessel: Ich protestiere energisch gegen diese Fragen. — Staatsanwalt Gerlach: Das Verfahren in dieser Sache schwebt beim Landgericht II. Unter allen möglichen Einwendungen hat hier v. Kessel seine Aussage verweigert. — v. Kessel: Ich protestiere nochmals energisch gegen diese Ausführungen und bitte festzustellen, daß ich nicht das geringste mit dieser Flucht zu tun habe. — Staatsanwalt Gerlach: **Die Staffel Kessel soll dahinter stecken.** — Vors. zum Zeugen: **War nicht diese Flucht Vogels noch ein Grund für Sie, Ihre Handlung zu überlegen?** — Zeuge: Nein.

Vors.: Wieso hielten Sie sich nun für berechtigt, bei der Vernehmung v. Kessels als Protokollführer zu wirken? — Zeuge: Ich wurde lediglich hereingerufen und gebeten, Protokollführer zu sein. Von Recht war keine Rede. — Vors.: **Sie haben doch niedergeschrieben: „Ein Unbekannter", der Sie waren, habe Marloh abgeholt.** Wer eine richterliche Funktion übernimmt, übernimmt damit auch eine Verpflichtung?

Nachdem die Vernehmung des Oberleutnants Hofmann beendet ist, teilt der Vorsitzende mit, daß die verlangte Kaution von 150 000 Mark gestellt sei **und daß der Angeklagte mit Schluß der heutigen Verhandlung aus der Haft entlassen wird.** Der Haftbefehl gegen v. Kessel, der übrigens lediglich wegen Fluchtsverdachts ergangen sei, bestehe weiter.

Auf Verlangen Dr. Alsbergs äußert sich dann Oberleutnant Hofmann noch über die falschen Papiere, mit denen Marloh von Berlin abreiste. Der Zeuge will gesehen haben, daß in Rumps **Wohnung an den Papieren geschrieben worden sei.** Bei der Staffel Kessel habe es

unzählige Blankette mit allen möglichen Namen und Stempeln

gegeben, die für die politische Abteilung der Staffel bestimmt waren.

Nach einer kurzen Vernehmung der Leutnants Krampe und Götze, die nichts Wesentliches ergibt, wurde der **Pfarrer Dr. Rump** vernommen. Er schildert zuerst den Seelenzustand Marlohs, der anfangs geglaubt habe, daß seine Vorgesetzten ihn decken würden, dann aber schwankend geworden sei und sich von allen verlassen gefühlt habe. Dem Drängen Kessels, die Flucht zu ergreifen, habe Marloh energischen Widerstand entgegengesetzt. Am 1. Juni habe Oberleutnant Hofmann Marloh in die Wohnung Rumps gebracht, mit der Mitteilung, Marloh solle verhaftet werden. Das Beste sei, er reise sofort ab. Er erhalte dazu das flüssige **Geld der Staffel in Höhe von 2000 Mark und einen Scheck von Kessel in Höhe von 6000 Mark.** Später sei dann noch Oberleutnant Anthes dort eingetroffen und habe erklärt, Marloh solle verhaftet werden, aber er werde seine Haft nicht überleben. Pfarrer Rump fährt dann fort: Es hieß dann auch, daß Marloh 100 000 bis 150 000 M. und Auslandspapiere nachgeschickt werden sollten. Ich selbst habe niemals irgendwelche geldlichen Forderungen gestellt. Als Marloh verhaftet werden sollte, erschien am Nachmittag Hauptmann v. Kessel in meiner Wohnung. Kurz vor seinem Eintreffen sagte Oberleutnant Hofmann zu uns: **Nehmen Sie schnell meine und Wehmeyers Sachen aus der Flurgarderobe**

Kessel will uns dort nicht finden.

Er kommt inoffiziell. — Als im Anschluß hieran Dr. Alsberg den Zeugen einige Vorhaltungen macht und Pfarrer Rump dagegen protestiert, erklärt der Vorsitzende: Der Verteidiger hat das Recht, Ihnen Vorhaltungen zu machen. — Pfarrer Rump: Ach du lieber Himmel, dann wird er mich ja schön in die Kneifzange nehmen! (Große Heiterkeit im ganzen Saale.) Pfarrer Rump schildert dann seine Unterredung mit Hauptmann v. Kessel. Auf den Hinweis Kessels, daß es vaterländische Pflicht Marlohs sei, die Flucht zu ergreifen, bin ich nicht eingegangen. Darauf erwiderte mir der Angeklagte: **„Ich kann Marloh verhaften lassen, wenn ich will, ich weiß, daß er hier in Ihrer Wohnung ist."** Kessel sagte weiter: **„Marloh muß einstweilen die ganze Schuld auf sich nehmen, er darf seine Vorgesetzten nicht preisgeben.** Dieser Prozeß kann jetzt nicht verhandelt werden, denn

wir werden bald eine unabhängige Regierung

bekommen, der dann später eine Rechtsregierung mit einer Militärdiktatur Noske folgen werde. Die Unabhängigen werden Marloh vor ein Revolutionsgericht stellen und ihn niederknallen. Außerdem schließt die Entente nur mit einer Regierung Ebert—Scheidemann, oder richtiger gesagt Reinhardt—Noske, Frieden. **Ohne Reinhardt—Noske sei die Ebert—Scheidemann-Regierung erledigt.** Kessel habe weiter gesagt: „Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer, die Staffel, das Garde-Kavallerie-Schützenkorps und die Regierung wären heilsfroh, wenn Marloh verschwinden würde." **Als ich v. Kessel fragte,** so bekundet Pfarrer Rump ferner, ob er Marloh nicht selbst sehen wollte, erwiderte er: **„Um Gottes willen,** wenn ich ihn sehe, muß ich ihn **verhaften."** Ich habe damals schon den Eindruck gewonnen, so bekundet der Zeuge, daß v. Kessel im Juni 1919 bereits im Dienst des Kapp-Putsches arbeitete. Schon damals sprach er von einer Militärdiktatur Noske. — Angeklagter: Ich habe nicht gewußt, daß Marloh damals bei Rump war. Das bestreite ich ganz entschieden. — Rechtsanwalt Alsberg zum Zeugen: Weshalb haben Sie denn einen „großen Schreck" darüber bekommen, daß Kessel Marloh eventuell verhaften würde? Das entsprach doch Ihrem Willen? — Pfarrer Rump, sehr erregt: **Ich wollte Marloh nicht in Kessels Hand fallen lassen, denn in uns dämmerte schon damals der Verdacht,**

daß Marloh beseitigt werden sollte.

Dr. Alsberg: Mir ist ganz von daß Kessel gesagt haben soll: „Wenn Marloh nicht flieht, muß ich fliehen." Weshalb sollte denn Kessel fliehen? — Pfarrer Rump, sehr erregt: **Weil Kessel sich strafrechtlich und moralisch für die Erschießung der 29 Matrosen verantwortlich fühlte.** — Angeklagter: Das ist mir ganz neu.

Der Zeuge bestreitet dann einen Widerspruch in seiner Aussage. Es sei ein Unterschied, ob man ein paar Ungenauigkeiten beschwöre, **oder ob man eine Aussage beide, die von A bis Z erlogen sei.**

Darauf wurde die Verhandlung auf Freitag früh 9½ Uhr vertagt.

Der Tod in den Karpathen

Die Beweisaufnahme im Hillerprozeß geschlossen

In der gestrigen Verhandlung gegen den Assessor Hiller wurde die Beweisaufnahme zu Ende geführt. Als erste Zeugen wurden Major von Delius und der ehemalige Kommandeur des 3. Bataillons des 6. Garde-Infanterie-Regiments von Booth vernommen, die dem Angeklagten das Zeugnis eines tüchtigen und schneidigen Offiziers ausstellten. — Zeuge Domm, der in den Karpathen Krankenpfleger war, sagt aus, daß der Sanitätsunteroffizier Orth stets der Meinung gewesen sei, daß die Leute, die sich krank meldeten, simulierten. Als Hiller einmal Posten schlafend angetroffen hätte, hätte er einen der Soldaten durch eine Ohrfeige geweckt. — Zeuge Doll: Als Helmhake in den Arrestunterstand abgeführt wurde, hat Hiller einem Sergeanten und einem Gefreiten den Befehl erteilt, **Helmhake keine Verpflegung zu geben.** Vorsitzender: Hat Hiller stark getrunken? Zeuge: Jawohl.

er behielt Liebesgaben für sich.

Auch der Leutnant Haberland **behielt die Schokolade aus Liebesgabenpaketen für sich und ließ den Mannschaften nur die Krümel.** — Zeuge Krummreich sagt aus, daß er von Hiller geschlagen worden sei. Bei einem Angriff habe er gesehen, **daß Hiller auf den Füsilier Büschel so mit dem Gewehr einschlug, daß der Kolben abbrach.**

Zeuge Unteroffizier Frank: Hiller bestrafte mehrfach. Ich muß mich jedoch gegen verschiedene Zeugenaussagen wenden. Vorsitzender: Woher kennen Sie diese? — Zeuge: Aus der Presse. — Vorsitzender: Pressenachrichten stehen hier nicht zur Erörterung, es handelt sich hier um mündliche Verhandlungen. — Zeuge: Als Helmhake das letztemal angebunden war, konnte er wegen großer Schwäche nicht mehr aufrecht stehen. Ich habe gehört, daß Hiller nur gesagt hat, **das Schwein bekommt nur Wasser und Brot.** — Vorsitzender: Andere Zeugen sagen aus, Hiller habe angeordnet, daß Helmhake weder zu essen noch zu trinken bekommen soll. — Zeuge: Das ist wohl dasselbe. Das nahm niemand ernst.

Auf Befragen des Vorsitzenden, ob in der 4. Kompagnie viel geschlagen wurde, antwortete der Zeuge weiter, daß sehr scharf zugefaßt worden sei, was damals auch notwendig gewesen wäre.

Zeuge Barnik: Als Helmhake aus dem Unterstand herausgeholt wurde, erhielt er von Hiller den Befehl, die Hände anzulegen. Helmhake antwortete, er könne es nicht. **Ich weiß genau, daß ein Befehl vorhanden war, nach dem Helmhake nichts zu essen und zu trinken bekommen sollte.** Ich habe verschiedene Male gesehen, daß Hiller Mannschaften geschlagen hat. — Rechtsanwalt: Hiller hat doch Tag und Nacht Dienst gemacht. — Zeuge: Das schon, wir aber auch.

Es wurden noch eine Reihe Belastungs- und Entlastungszeugen vernommen, deren Aussagen sich jedoch im allgemeinen mit den bisherigen Zeugenaussagen decken.

Die Sachverständigen stehen sämtlich auf dem Standpunkt, daß durch die Mißhandlung, durch die Nahrungsentziehung und die Unterbringung in dem Erdloch der Tod Helmhakes weder beschleunigt noch verursacht worden sei. Der Tod sei auf eine Seuche, sehr wahrscheinlich Fleckfieber zurückzuführen.

Als letzter Zeuge wurde der

Vater des verstorbenen Helmhake

vernommen. Er schildert seinen Sohn als gutmütigen Menschen. Er war nicht schwächlich, sondern sehr widerstandsfähig und zähnig. Er habe sich bei verschiedenen Regimentern freiwillig gemeldet, um ins Feld zu kommen. Als der 60jährige Mann sich über den seinem Sohn nachgesagten angeblichen Käsediebstahl äußern wollte, wurde er vom Vorsitzenden unterbrochen, was den Zeugen in große Aufregung versetzte und zu der Bemerkung veranlaßte, **daß es bedauerlich sei, daß er seinen toten Sohn nicht in Schutz nehmen dürfe.** Der Vater beantragt die Verlesung zweier Briefe, die Hiller nach dem Tode Helmhakes an ihn gerichtet hat. Der Verteidiger protestiert gegen die Verlesung der Briefe mit den Worten, daß er sich energisch dagegen verwahre, daß am letzten Tage für den Angeklagten Stimmung gemacht werden solle, weil man durch die viertägige Verhandlung ein richtiges Bild des Angeklagten erhalten habe (!!!).

Hierauf wurde die Verhandlung auf Freitag 9 Uhr vertagt. Unter Vorlage von sieben Schuldfragen werden voraussichtlich heute die Geschworenen das Urteil fällen.

*

Die Briefe, die Hiller nach dem Tode von Helmhake an dessen Eltern richtete, und deren Verlesung vom Gericht abgelehnt wurde, haben folgenden Wortlaut:

Brief vom 4. April 1915. „Werter Herr Helmhake! Hierdurch erfülle ich die traurige Pflicht, Sie von dem plötzlichen Ableben Ihres Sohnes, des Gardefühliers Helmhake in Kenntnis zu setzen. Der Arzt stellte blutigen Dünndarmkatarrh fest.

Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen tüchtigen Soldaten und guten Kameraden, dessen Verlust wir schmerzlich betrauern. Seine Ueberreste ruhen auf dem Friedhof in Dolski."

Brief vom 25. Juni 1915. Herrn Paul Helmhake, Berlin.

„Auf Ihr Schreiben vom 15. Mai 1915 an den Regiments-Kommandeur teilt Ihnen die Kompagnie folgendes mit: Soweit für Ihren Sohn Pakete bei der Kompagnie eingelaufen sind, sind sie demselben ordnungsgemäß ausgehändigt worden. Die Kompagnie kann jetzt nicht mehr angeben, wieviel Pakete für ihn eingelaufen sind. Eine Postliste, wie im Frieden, kann im Kriege nicht geführt werden.

Das Ableben Ihres Sohnes ist Ihnen seinerzeit sofort brieflich durch den Kompagnieführer mitgeteilt worden. Einige Tage später wurden unter „Einschreiben" die bei Ihrem Sohne vorgefundenen Nachlaßsachen abgesandt. Außer den von Ihnen in Ihrem Schreiben aufgeführten Gegenständen befanden sich noch in der Portemonnaie 3 M., die mitgesandt worden sind.

Von einem Brief, den Sie durch den Regimentsstab befördern ließen, vermag die Kompagnie nichts anzugeben. Sollte derselbe jedoch noch der Kompagnie zugehen, so wird derselbe sowie noch eventuell ankommende Pakete an Sie zurückgehen.

Während seiner kurzen Krankheit ist Ihrem Sohne die bestmöglichste körperliche und ärztliche Pflege zuteil geworden.

Wir betrauern in dem Verstorbenen einen tüchtigen Soldaten und guten Kameraden." Hiller, Oberlt. u. Komp.-Führer.

Die Schuld am Weltkriege

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 17. März.

Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz.):

Ich will nur einige Punkte, die die Frage der Behandlung der Kriegsschuldfrage berühren, herausgreifen. Von rechts werden an das Auswärtige Amt Forderungen erhoben, die eine Beweisführung der Schuldlosigkeit Deutschlands am Kriege verlangen. An der Herausgabe der diplomatischen Akten seit 1914 sind linksstehende Politiker nicht beteiligt worden. Kautsky hat von seinen Feststellungen hinsichtlich der Kriegsschuld nie etwas zurückgenommen. In einer Schrift „Wie der Weltkrieg entstand" hat er bereits ausgesprochen, daß die deutsche Regierung durch ihre Unterstützung Oesterreichs gegen Serbien leichtfertig den Weltkrieg heraufbeschworen hat. Daß die Regierung Bethmann-Hollweg den Weltkrieg bewußt heraufbeschworen hat, das behaupten zu wollen, sind wir nicht töricht genug, **denn mit Bewußtsein hat die kaiserliche Regierung überhaupt nie etwas getan.** Wir werfen der kaiserlichen Regierung vor, daß sie es nicht verstanden und beabsichtigt hat, Oesterreich von seinem Verbrechen zurückzuhalten, sondern daß sie Oesterreich bei seinem Vorgehen den Rücken gestärkt hat. Die Schuld des kaiserlichen Deutschlands datiert nicht vom 1. August 1914 an, sondern von den ganzen Jahren vorher, unter der glorreichen Regierung Wilhelms II. (Unruhe rechts.) Der Außenminister hat neulich in seiner Rede, die besonders gegen die Rechte und gegen Graf Westarp gerichtet war, erklärt, er sei von der Notwendigkeit der Erfüllung des Friedensvertrages, damit auch von der Einhaltung der Spaaer Verhandlungen, überzeugt.

Die Rede, die General Seeckt

im Reichswehrministerium vor seinen Beamten und Offizieren hielt, scheint mir nicht mit dem an sich guten Programm des Ministers übereinzustimmen. **Die französische Regierung hat bereits dagegen Einspruch erhoben.** (Hört, hört!) Wir dürfen nicht in den Fehler des alten Deutschland zurückfallen und die Generäle Politik treiben lassen. Doch gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Kahr ist General Seeckt ein Waisenknabe. Kahr hat sich in seiner vorgestrigen Landtagsrede in offenen Gegensatz zum Friedensvertrag gestellt, indem er erklärte, daß er es nicht verurteile und verstehe, **wenn die bayerischen Selbstschutzorganisationen sich nicht entwaffnen lassen wollen.**

Er meint natürlich die bayerischen Einwohnerwehren. (Zuruf rechts: Nein!) Womit beschäftigt er sich denn sonst? Ist das keine militärische Angelegenheit, wenn man sich mit Waffen versieht und davon spricht, daß das Zentrum der russischen Revolution immer näher an Bayern heranrücke? Kahr fordert tatsächlich dazu auf,

den Gesetzen der Reichsregierung Widerstand zu leisten.

Wie weit sind wir denn in Deutschland gekommen, wenn ein Ministerpräsident mindestens zum passiven Widerstand gegen das Reich auffordert? Wir sind in eine bedenkliche Krisis mit unheilvollen Wirkungen auf die auswärtige Politik hineingeraten. Oder war das etwa der Schwanengesang Herrn von Kahrs? Bei den großen Sympathien, die er in allen nationalistischen Kreisen genießt, kann man nicht glauben, daß er die einzig mögliche Konsequenz aus seinem Verhalten zieht. **Und diese bewußte Gesetzwidrigkeit wird von der Bayerischen Volkspartei unterstützt.** (Unruhe rechts und in der Mitte.) Dann sollten die Herren aber auch den Mut haben, und das hier öffentlich erklären. Das Reichskabinett geht an neue Verhandlungen mit der Entente schwer belastet: Durch ein Vertrauensvotum, das keins war, und durch die Widerspenstigkeit des zweitgrößten Bundesstaates. Werden die Ententevertreter uns nicht entgegengehalten, daß wir ihnen ja tatsächlich keine Garantien geben können? Wenn Verhandlungsmöglichkeiten eröffnet werden sollen, so müßte das Reichskabinett sich zu rücksichtslosen Maßnahmen gegen die bayerischen Reaktionäre entschließen und sich stützen auf den einzigen zuverlässigen Bundesgenossen, auf die norddeutsche und bayerische Arbeiterschaft. Dringend geboten ist auch eine Auskunft des Kabinetts darüber, ob unsere diplomatischen Vertreter in Paris und Brüssel nur zur Information beurlaubt sind oder aus einer gewissen Demonstration gegen die Entente heraus. Weder ein Abbruch noch eine längere Suspendierung der diplomatischen Beziehungen ist in dieser Lage erträglich. Der Professor Hoetzsch, der sich von seinen deutschnationalen Parteigenossen durch Sachkenntnis und Einsicht unterscheidet, (Lachen und Zurufe rechts) — wenn Helfferich einmal etwas Vernünftiges sagt, werden wir das auch gern anerkennen —, Prof. Hoetzsch also schreibt, wir müßten uns endlich klar darüber werden, was wir in der Reparationsfrage tatsächlich leisten können und leisten wollen. An positiven Vorschlägen hat es die Rechte tatsächlich bisher fehlen lassen. (Zurufe rechts.) Sie (nach rechts) haben bisher nichts vorgebracht trotz aller Kritik, was wirklich getan werden sollte. Man muß doch aus den fruchtlosen Diskussionen herauskommen und zu brauchbaren Vorschlägen übergehen. Ob die Arbeiterschaft dann mit diesen Vorschlägen einverstanden sein wird, ist eine andere Frage. Aber es ist Pflicht der Reichsregierung, endlich eine positive Politik zu treiben, eine Politik, die wir leider in den letzten zwei Jahren schmerzlich vermißt haben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Schulz-Bromberg (D. N.): Der Angriff auf den bayerischen Ministerpräsidenten ist geeignet, unsere innerdeutschen Beziehungen zu vergiften. Die große Mehrheit dieses Hauses und der Länder ist der Auffassung, daß es niemals eine friedfertigere Regierung gegeben hat, als die kaiserlich-deutsche Regierung, die man geradezu als Muster aufstellen kann. (Bravo auf der Rechten, höhnisches Gelächter und Zurufe auf der Linken.)

Abg. Dr. **Rieser (D.V.):** Wir verlangen nicht nur Gerechtigkeit für die Gegner, sondern vor allem für unser deutsches Vaterland. Es ist eine Lüge, daß das deutsche Volk den Krieg gewollt hat. (Zuruf Bernstein (Soz.): Ich habe nicht vom deutschen Volk gesprochen, sondern von der kaiserlich-deutschen Regierung!) Werfen Sie (zu Bernstein) sich doch einmal zum Vertreter des deutschen Volkes auf! (Bernstein: Das brauchen Sie mir nicht zu sagen!) Wilhelm II. war es vor allem, der mehrfach sich bietende Gelegenheiten zum Losschlagen nicht benutzte, um der Welt den Frieden zu erhalten. (Lärm und Zurufe links. — Sehr richtig! und Bravo! rechts.) Die Auffassung, daß Deutschland der schuldige Teil ist, hat Kautsky korrigiert. Er ist in seiner Schrift nicht Ankläger, sondern Verteidiger der deutschen Regierung der Entente gegenüber. (Lärm und Zurufe auf der Linken und rechten Seite des Hauses.)

Abg. Dr. **Petersen** (Dem.): Ich gebe zu, daß ich in vielen Punkten mit dem Abg. Breitscheidt übereinstimme, andererseits erkläre ich aber, daß es Pflicht jedes deutschen Abgeordneten ist, zu bekennen, daß von den Gegnern nichts zur Verhinderung des Weltkrieges getan wurde.

Abg. **Stoecker** (Komm.) hält seine bekannte kommunistische Rede. Der Pazifismus der rechtssozialistischen Führer ist ein **Verrat an der Arbeiterschaft.** Dem Proletariat bleibt als einzige Hoffnung Sowjet-Rußland und die kommunistische Internationale. **Wir rufen die Arbeiterschaft gerade in diesen Wochen zum Sturm auf, um der kapitalistischen Diktatur die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen.**

Abg. Jaud (Dem.) stellt in einer an ihn ergangenen Antwort des Auswärtigen Amtes eine objektive Unwahrheit fest.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.): Die hohen Töne, die hier beim Etat des Reichsministeriums des Aeußeren und der Reichskanzlei gesprochen worden sind, sind durchaus zwecklos; hier im Hause hat dadurch niemand seine Ueberzeugung geändert, und

auf das Ausland hat dieses Pathos keinen Einfluß.

Was die Schuldfrage betrifft, so möchte ich nur zwei Tatsachen erwähnen: Die Tirpitzpolitik im Auswärtigen Amt und die Festsetzung in Konstantinopel. Wilhelm II. hat es sehr verstanden, das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Politik zu zerstören. Wir Sozialdemokraten haben uns immer für die Klärung der Kriegsschuldfrage eingesetzt und auch die Veröffentlichung des deutschen Materials durchgesetzt; auf der andern Seite suchten wir auf die Sozialdemokraten der anderen Länder dahin einzuwirken, daß diese die Oeffnung der Archive ihrer Länder vorderhand durchsetzen. Unsere Stellung zur Kriegsschuldfrage ist im übrigen festgelegt durch die Erklärung unserer Partei bei der Genfer Konferenz. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß das Gerede über die Schuldfrage gar keinen Zweck hat, daß wir zur

ökonomischen Zusammenarbeit aller Länder

kommen müssen und hierbei alles vermeiden müssen, was dies erschwert, also auch die Diskussion über die Schuldfrage.

Abg. Dittmann (U. S.):

Die Debatte über die Schuldfrage ist zu ganz unrechter Zeit heraufbeschworen worden. Da sie nun einmal aufs Tapet gebracht ist, sind wir gezwungen, Stellung zu nehmen. Gewiß, es gibt drüben genau solche Nationalisten, Chauvinisten und Imperialisten wie bei uns. Wir können diese Erscheinung nicht durch Proteste nach drüben bekämpfen, sondern unsere Aufgabe ist es,

im eigenen Lande

gegen diese Erscheinungen vorzugehen. Wenn wir Sozialisten in eine gemeinsame Front mit den Deutschnationalen gegen die Ententeländer treten wollten und gegen ihren Imperialismus, so würden wir dadurch nur hier und dort **die nationalistischen Instinkte stärken.** (Redner stellt die Kriegsschuld Wilhelm II. und seines Systems fest.) Zu der Art und Weise, wie die die Kriegsschuld betreffenden Akten zusammengestellt worden sind, haben wir kein Zutrauen. Kautsky ist von Riezler in seiner Rede durchaus falsch interpretiert worden. Wenn Kautsky zum Schluß sagt, er hätte der deutschen Regierung Unrecht getan, so meint er das natürlich ironisch. Er will damit sagen, er hätte früher angenommen, die deutsche Regierung habe gewußt, was sie tat, als sie **der österreichischen Regierung gegen Serbien Blankovollmacht gab.** In Wirklichkeit sei sie noch viel dämlicher gewesen, als er geglaubt hatte. Man habe nur die Wahl, ob man die verantwortlichen Politiker für

dummköpfige Verbrecher oder verbrecherische Dummköpfe

halten wolle. Also darf man Kautskys wissenschaftliche Autorität nicht mehr mißbrauchen, um den Eindruck zu erwecken, er sei in der Frage der deutschen Kriegsschuld anderer Ansicht geworden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Abg. **Bernstein** (Soz.) stellt persönlich fest, daß er dem deutschen Volke die moralische und staatsrechtliche Verantwortung für die Schuld der Regierung durchaus abgesprochen habe.

Es folgen nun die zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsministerium des Innern. **Die Ausgaben für die technische Nothilfe werden gegen die Linke bewilligt.** Für das Deutsche Museum in München wird der Zuschuß von 400 000 auf 500 000 M. erhöht. Angenommen wird eine Entschließung auf Errichtung eines **Denkmals für die im Auslande gefallenen Deutschen.**

Beim

Haushalt des Reichskanzlers

tritt Abg. Dr. Deermann (Bayer. Vp.) für den Wiederaufbau der deutschen Auslandsschulen ein.

Angenommen wird eine Entschließung, der Reichszentrale für Heimatdienst einen parlamentarischen Beirat beizugeben. Die Haushaltspläne des Reichskanzlers und des Reichsministeriums des Auswärtigen werden angenommen.

Es folgt der Haushalt für das

Reichsverkehrsministerium

Die Haushalte für 1920 und 1921 werden verbunden. — Nach dem Ausschußbericht beträgt das Defizit für 1920 16 Milliarden, für 1921 2 Milliarden.

Reichsverkehrsminister **Gröner:** Das Eisenbahnfinanzgesetz, durch das der Eisenbahnbetrieb auf eine sparsame kaufmännische Grundlage gestellt werden soll, werde ich baldigst vorlegen. Die technische Wiederherstellung muß beschleunigt vor sich gehen. Was die Organisationsaufgaben betrifft, sehen wir von einer straffen Zentralisation ab und wollen weitgehende Selbstverwaltung. **Die Arbeitswilligkeit der Eisenbahner ist zweifellos gewachsen.** Für die Wohnungsfürsorge sowie für andere soziale Aufgaben wird möglichst viel getan. Im Sommer werden wir versuchen, im Rahmen der Kohlenbasis die Personen- und Schnellzüge möglichst zu erhöhen.

Abg. **Brunner** (Soz.): **Die Eisenbahnen müssen imstande sein, aus sich selbst heraus die Ausgaben bestreiten zu können.** Es ist ein unmöglicher Zustand, daß wir für 1920 16,4 Milliarden zuschießen mußten, um die Eisenbahnen überhaupt in Gang zu erhalten. An den schlechten Verhältnissen der Eisenbahnen hat nicht die Revolution, sondern der Krieg schuld. Der Vorwurf, daß die Gewerkschaften mit daran schuld seien, ist ganz lächerlich. Die Gewerkschaften haben immer auf eine wirtschaftliche Gestaltung des Eisenbahnbetriebes hingearbeitet und alles, was sie tun konnten, getan, um Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit zu heben. Der Achtstundentag muß endlich auch bei der Eisenbahn geregelt werden. Von dem Unternehmertum wird die Eisenbahnverwaltung meist ausgebeutet. Sie zahlt vielfach an die Unternehmer mehr als die Privatbetriebe, während der Handel das Material billiger beschaffen kann. **An dem Material ist noch** viel zu sparen.

Abg. **Klöckner** (Zentr.) spricht gegen die Tariferhöhung und tritt für eine Verminderung des Kohlenverbrauchs ein. — Abg. Dr. Reichert (D. N.) hetzt gegen den Achtstundentag und gegen das Streikrecht der Beamten und Angestellten des Reichsdienstes.

Verkehrsminister Gröner: An der Fertigstellung des Etats wurde mit größter Beschleunigung gearbeitet. In der Frage des Streikrechts hat die Regierung einen ganz festen Standpunkt eingenommen. **Ich habe nicht den geringsten Anlaß, von diesem Standpunkt etwas abzustreichen, und habe meine Arbeiter und Beamten in diesem Sinne informiert.** Zur Hebung des Ueberseeverkehrs werden wir alles Mögliche tun. Auch wir sind der Ansicht, daß es nicht auf die Menge der Arbeiter, sondern auf die Qualität der Arbeit ankommt. Vor der Annahme der Entschließung auf Fahrpreisermäßigung für Angehörige der Volkshochschulen möchte ich warnen, da leicht damit Unfug getrieben werden kann.

Abg. Breunig (U. S.):

Den Betriebsräten muß eine viel weitergehende Mitwirkung zugestanden werden. Die mangelhaften Leistungen des Eisenbahnpersonals im vorigen Jahre waren eine Folge der Ueberanstrengung im Kriege und der völlig ungenügenden Bezahlung. Die Reichseisenbahnen sollten in Wirtschaftsbezirke eingeteilt werden. Wir fordern eine

weitgehende Ausnutzung der Naturkräfte,

vor allem der Elektrizität, und Elektrifizierung der Eisenbahnen. In dem Defizit der Eisenbahnen tragen die hohen Materialpreise die Hauptschuld. Die Tätigkeit und Zustände der Betriebsräte und Beamtenvertreter muß erweitert werden. (Redner erwähnt die Stinnessitzung im Düsseldorfer Eisenbahn-Direktionsgebäude.) Auf der einen Seite sagt der Minister, es herrsche Wagen- und Lokomotivmangel, und auf der anderen Seite will Stinnes und Dr. Quaatz die Arbeitszeit verlängert sehen. **Hände weg von einer Verlängerung des Achtstundentages!**

Reichsverkehrsminister Gröner tritt dem Vorredner entgegen. Bei Beamtenüberstunden darf es mit der Bezahlung nicht so genau genommen werden, sondern das alte Beamtenpflichtgefühl, **mehr zu tun als nur das Notwendige, muß wieder geweckt werden!!!**

Abg. Höllein (Komm.): Der Zusammenbruch der Eisenbahnen ist keine Folge der Revolution, sondern des Krieges. Denn in den Siegerstaaten hat man dieselbe Erscheinung. Natürlich ist es Ihnen (nach rechts) sehr bitter, daß die Eisenbahner nicht mehr die geduldigen Schafe der preußischen Junker sein wollen. (Lachen rechts.) **Auch hier soll der kapitalistische Aufbau auf** Kosten der Knochen der Arbeiter geschehen. Der Achtstundentag soll mit Gewalt beseitigt werden. Aber die Eisenbahner werden sich ihrer Haut zu wehren wissen.

Der Ausschußantrag auf baldige Erhöhung der für Tuberkulosenfürsorge aufgewendeten Gelder wird angenommen. — **Der Antrag Breunig (U. Soz.), 20 Millionen statt 15 Millionen für den zahnärztlichen Dienst zu bewilligen, wird gegen alle Sozialisten abgelehnt.**

Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums wird danach angenommen. Es folgt der Etat des Reichspostministeriums.

Um 9 Uhr abends verlassen die Pressevertreter, nach 11stündiger Sitzung, auf einen Beschluß der journalistischen Gewerkschaft den Saal.

Freitag, 11 Uhr, Weiterberatung, 2. Lesung des Haushalts von 1921.

Aus der Waldeck-Pyrmonter Landesvertretung. Im Laufe der Mittwoch-Sitzung der Waldeck-Pyrmonter Landesvertretung in Arolsen wurde laut „Waldeckscher Zeitung" der Antrag der deutschnationalen Volkspartei auf Auflösung des Parlaments mit der Mehrheit der Linken abgelehnt. Die Abgeordneten der deutschnationalen Volkspartei verließen darauf den Sitzungssaal, wodurch das Haus beschlußunfähig wurde.

Eine internationale Ernährungskonferenz. Wie das Brüsseler Blatt „Le Peuple" meldet, werden Ende dieses Monats die Ernährungsminister aller Länder zu einer Konferenz in Rom zusammentreten.

Jugendbewegung

Laßt uns im Sturme gehn . . . !

Der Sonne entgegen. Der Vorfrühlingssonne, die dem Sommer zuvorkommt, die Säfte emportreibt, die Saaten keimen, Blüten sprießen läßt.

Es ist März! Die trüben Nebel liegen hinter uns. Wir glauben wieder an das Schöne, wir ahnen Freiheit und fühlen das Werden. Wir denken wieder an rüstiges Vorwärtsschreiten auf Wegen, die aufwärts führen.

Hinweg den Staub der Stuben und Fabriken! Hervor Ranzen und Zimbel. Lieder sollen wieder klingen von Freiheit, Menschlichkeit und Jugendsinn. Laßt uns im Sturme gehn und auf die Berge steigen. Von freien Höhen schauen in das Tal des Alltags. Das schwellt die Brust, gibt neuen Mut und frischen Wagesinn. Unter blauen Himmelsweiten laßt uns wandern — einem Ziel entgegen. Laßt uns wieder glauben an Ziel und Sieg und schöneres Menschsein. Zu einem Ziele strebend, sind wir einander so nahe, sind wir so eins. Wir vergessen das Kleine und fühlen uns näher dem Großen. Wir reichen einander die Hände, bessere Menschen zu sein.

Und ziehen gemeinsam. Unserer Sonne entgegen.

Unsere Forderungen in der Gemeinde

A. K. Die Tage der Schulentlassung sind wieder nahe gerückt. In kurzer Zeit treten Tausende von Proletarierkindern in das Leben hinaus. Arbeit und Mühe wartet ihrer, sind sie doch gezwungen, so schnell wie nur möglich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Doch sie stellen auch Ansprüche an das Leben. Es gilt, die mangelhafte Schulbildung zu vervollkommnen, sich weiterzubilden, mit gleichgesinnten Freunden die neuen Erlebnisse in der Fabrik und im Kontor zu besprechen, Stellung zu nehmen zu den gerade unsere Arbeiterkinder so stark interessierenden Tagesfragen, aber auch einmal ein Theater oder ein Konzert zu besuchen und durch Wanderungen die Natur kennenzulernen.

Die herrschende Not macht viele dieser Wünsche zunichte. Die „Sozialistische Proletarier-Jugend" will dem Mangel abhelfen und alle jungen Proletarier vereinigen, um in der Jugend das Interesse an dem politischen Klassenkampf zu wecken, sie aufzuklären und zu schulen, und ihnen die Genüsse der Kultur zu verschaffen.

Aber sie kann es nicht allein. Und da fordern wir von den Gemeinden schnelle und tatkräftige Hilfe. Sie sind verpflichtet, für die Jugend zu sorgen. Dringend notwendig ist die Schaffung von Jugendheimen. Es ist einfach eine Schande, wenn man die Jugend zwingt, ihre Zusammenkünfte in Lokalen abzuhalten. In der Königsberger Straße ist ein Jugendheim frei geworden, daß bis dahin der U. S. P. gehörte. Heute ist eine Fabrik dort eingerichtet. Es wäre der Stadt ein leichtes gewesen, dies Heim zu übernehmen. Vorbildlich ist in Neukölln gearbeitet worden. Alle Kinderhorte stehen des Abends den Jugendvereinen völlig unentgeltlich zur Verfügung, neue Einrichtungen sind geplant. Wir erkennen ohne weiteres an, daß eine Wohnungsnot besteht, jedoch solange noch Räume für Kinos, Dielen, Bars usw. zur Verfügung stehen, fordern wir im Namen der arbeitenden Jugend die Schaffung von Heimen, die allen Organisationen und Vereinen völlig unentgeltlich zur Benutzung frei stehen. Eventuell läßt sich in den Schulen hier und dort ein Klassenzimmer frei machen, aber auf keinen Fall dürfen für die Benutzung pro Abend 8,— Mark verlangt werden, wie es jetzt der Fall ist. Woher soll die Jugend diese Mittel nehmen? Hier haben unsere Vertreter in den Bezirksversammlungen eine große Aufgabe zu lösen im Interesse der arbeitenden Jugend. Sorgt für die Schaffung von Jugendheimen, stattet sie freundlich und ihrem Zweck entsprechend aus. Die Jugend ist genügsam und bald zufriedengestellt.

Ebenso notwendig ist die Spielplatzfrage zu lösen, und bei einigermaßen gutem Willen wird sich auch hier ein Weg finden lassen, um den Vereinen des Abends Spielplätze zur Verfügung zu stellen.

In der Pflege der Kunst ist von der Stadt Berlin für die Jugend noch gar nichts getan worden, und auch hier ist es Pflicht unserer Jugend, überall ihre Forderungen zu erheben und zu verlangen, daß die Arbeitervertreter in den Bezirksversammlungen auch darauf ihr Augenmerk lenken. In Neukölln finden Veranstaltungen für die schulentlassene Jugend statt. Für den äußerst billigen Preis von 50 Pfg. fand ein Konzert am 23. Februar statt, das überfüllt war und mit erstklassigen Künstlern wirklich etwas Gutes bot. Lichtbildervorträge wissenschaftlicher Art bieten Anregungen und Belehrungen, die zu bieten den einzelnen Vereinen in der Güte nicht möglich sein dürfte. Was sich in der einen Gemeinde ermöglichen läßt, muß doch erst recht in Berlin zu machen sein. Ueberall wird auf den verderbenden Einfluß der Kinos geschimpft, wünscht man die Jugend aus den Tanzböden und Rummelplätzen zu ziehen. Was ist aber Positives geschaffen? Hat man der Jugend etwas Besseres geboten? Weniger reden, mehr handeln, heißt es auch hier. Schafft Jugendheime, Spielplätze, und die Jugend wird den Rummelplatz meiden, richtet städtische Kinos mit guten Vorführungen ein, so wird sie sich nicht mehr zu den Verbrecher- und Detektivfilmen drängen, veranstaltet Kunstabende zu billigen Eintrittspreisen, und die Tanzböden werden bald nicht mehr überfüllt sein.

Gewerkschaftliches

Lohnbewegung der Friedhofsarbeiter

Die am 15. März, abends 7 Uhr, versammelten Friedhofsarbeiter nahmen den Bericht über den Stand der Lohnbewegung vom Kollegen Beier entgegen. Die Verhandlungen, die bisher mit den Kirchengemeinden geführt wurden, führten zu keinem Ergebnis. Durch die Kündigung des Tarifs durch die Kirchengemeinden, haben die Friedhofsarbeiter erneut ihre Forderungen den einzelnen Kirchengemeinden unterbreitet. Aber bisher ist eine Antwort an den Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter nicht eingegangen. Die Schlichtungsausschußverhandlungen sind durch teilweises Nichterscheinen der Kirchenvertreter unmöglich geworden. Die Kirchengemeinden dokumentieren damit, daß sie einen Kampf provozieren wollen. Die Versammlung beauftragte den Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, am Freitag dieser Woche vor dem Schlichtungsausschuß zu verhandeln, um zum letztenmal die Hand zur friedlichen Einigung zu bieten. Wenn aber die Kirchengemeinden erneut die Verhandlungen sabotieren, beschließt die Arbeiterschaft, diese freche Herausforderung mit dem einmütigen Kampfe zu beantworten. Die Oeffentlichkeit wird um Solidarität gebeten. Mit den christlichen Geboten der Kirche ist diese Handlungsweise gegenüber den Arbeitern nur schwer in Einklang zu bringen. Vielleicht besinnen sich nun die betreffenden Gemeinden auf ihren christlichen Moralkodex.

Der Buchbinderverband gegen Moskau

Die kommunistisch orientierte Ortsverwaltung des Deutschen Buchbinderverbandes hat in ihrem letzten „Mitteilungsblatt" der in den nächsten Tagen stattfindenden Generalversammlung zwei Anträge unterbreitet, nach welchen der Verbandsvorstand aufgefordert wird, an dem Weltkongreß der Moskauer Internationale teilzunehmen, und weiter auch die Zahlstelle zur Beschickung des Kongresses aufgefordert wird. Wegen der weitgehenden Konsequenzen dieser Anträge hat der Verbandsvorstand bereits vorher zu denselben Stellung genommen und einstimmig beschlossen, die Ortsverwaltung vor der Durchführung dieser Anträge zu warnen, da mit der Annahme bzw. Durchführung dieser Anträge die Zerstörung der notwendigen Einheit des Verbandes ziemlich sicher sei.

Da die übergroße Mehrheit der Berliner Kollegenschaft jedoch nicht auf kommunistischem Boden steht, so ist zu hoffen, daß die Generalversammlung der Kommunistischen Ortsverwaltung einen Strich durch die Rechnung macht und sich gegen die beabsichtigte Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung erklärt.

Metallarbeiter! Generalversammlungs-Delegierte! Die Ausgabe der Delegiertenkarten für die Delegierten der Wahlkörper, die infolge technischer Schwierigkeiten Wahlkörperversammlungen nicht abhalten konnten, erfolgt in unserem Bureau, Zimmer 3, bei dem Kollegen Behrend bis Sonnabendnachmittag 6 Uhr. Als Ausweis ist erforderlich eine Bescheinigung des Betriebsrats mit drei Unterschriften; für die Wahlkörper, die sich aus mehreren Betrieben zusammensetzen, eine Bescheinigung des nach dem B. R. G. gewählten Obmannes und eines unserer Funktionäre.

Kaufmännische und technische Angestellte der Groß-Berliner Brauereibetriebe! Sonntag, den 20. März 1921, vormittags 9½ Uhr, findet in Haverlands Festsälen Berlin C., Neue Friedrichstraße 35, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Angestellten der Brauereibetriebe statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die bisherigen Verhandlungen, 2. Stellungnahme zum Verhalten der Unternehmer; Abstimmung über Annahme oder Ablehnung und über die weiteren Maßnahmen. Kolleginnen und Kollegen, zeigt den Arbeitgebern durch zahlreiches Erscheinen, daß ihr im Notfalle dazu gewillt seid, die allerschärfsten Maßnahmen zwecks Durchsetzung eurer berechtigten Forderungen zu ergreifen.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Am Montag, den 21. d. M., abends 7 Uhr, findet für alle Eisenbahner, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, im Restaurant bei Kratzsch, Waldemarstraße 21, eine Versammlung statt. Mitgliedsbuch und Parteiausweis legitimieren.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Berlin, Sebastianstraße 37-38, teilt mit, daß der Streik in der Dampfwäscherei „Brillant", Berlin, Frankenstr. 9, seit Dienstag, den 15. März, zur Zufriedenheit der Beteiligten beendet ist.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Heute, Freitag, den 18. März, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshause, großer Saal, Jahres-Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Gesamtverwaltung. 3. Stellungnahme zu den eingegangenen Anträgen. 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Delegierten, in dieser Versammlung zu erscheinen. Delegiertenkarte gilt als Legitimation.

Aus den Organisationen

Freitag, 18. März

14. u. 15. Distrikt. Abends ½8 Uhr Arbeitsbörse in der Aula Bochumer Str. 84.

Sonnabend, 19. März

2. Distrikt. Der am letzten Sonnabend abgesagte Kunstabend der „Sozialistischen Proletarierjugend" findet Sonnabend, 19. März, in der Schulaula, Winterfeldtstr. 14, statt. Karten sind noch an der Abendkasse zu haben.

6. Distrikt. 6 Uhr bei Gallas Zusammenkunft der Kinder zum Genußzwecks Einstudierung von Liedern und Reigen zur Maifeier. Erscheinen der Frauenarbeitskommission notwendig.

14. Distrikt. 7½ Uhr Vorstandssitzung bei Brehme, Melanchthonstr. 23.

Sonntag, 20. März

7. Distrikt. Einlaßkarten zur Jugendweihe vom Sonntag, den 20. und 1. Ostersiertag sind noch bei dem Kassierer Aug. Dietrich, Rominterer Str. 46, zu haben.

Charlottenburg. 7. Gruppe. Gemeinsamer Ausflug vom Grunewald nach Pichelsberg. Treffpunkt 2 Uhr nachmittags, Eingang Charlottenburger Bahnhof. Genossen und Freunde mit Mandolinen und anderen Musikinstrumenten sind besonders eingeladen.

Vereinskalender

Freitag, 18. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche Holzindustrie und Möbelhandel. Abends 7 Uhr Branchenversammlung bei Schulz, Königsgraben 2.

Bund der technischen Angestellten. Abends 7 Uhr Vertrauensmänner-Versammlung Baugewerbe im Empfangsraum der Geschäftsstelle, Werftstr. 7. — Abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung Südost im Rest. Kuppe, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 171-172. — Abends 7 Uhr Versammlung der Berufsgruppe für Vermessungswesen im Berliner Clubhaus, Dönhoffplatz 2.

Alte-Mitglieder-Metabelle. Abends 6½ Uhr in der Geschäftsstelle wichtige Sitzung der „Metabelle". Alle Kommissionsmitglieder müssen anwesend sein.

Zentralverband der Angestellten. Glas- und Keramik-Großhandel: Abends 7½ Uhr öffentliche Versammlung im Verbandslokal, Belle-Alliance-Str. 7-10. — Holzhandel: Abends 7 Uhr öffentliche Versammlung in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35. — Papierfach: Nächste 6½ Uhr Mitglieder-Versammlung im Verbandslokal, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Sonnabend, 19. März

Freie Lehrer-Gewerkschaft. [illegible] Garnisonkirche Zahlabend und Geschäftssitzung. Vorher 5—7 Uhr Konferenz der Gewerkschafts-Obleute.

Sonntag, 20. März

Bund der technischen Angestellten. Vormittags 9½ Uhr Mitgliederversammlung Brauereien, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

Lebensmittelkalender

Berlin. Milchbelieferung. Am Freitag, den 18. und Sonnabend, den 19. März, werden die ½- und ¼-Liter-Krankenkarten voll beliefert. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden, soweit sie nicht bereits dem Milchamt Berlin angeschlossen sind.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kamerinet, Karlsruhe. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Wie vor dem Kriege

stellen wir wieder unser „Urbin" aus Terpentinöl und erstklassigen Edelwachsen her und bringen diese ganz hervorragende Qualität unter der Bezeichnung

Urbin-Terpentinölware

in Dosen mit Banderole in den Handel.

Urbin der gute Schuhputz

Diese Friedens-Qualität ist in allen Geschäften zu haben. Fabrik: Urban u. Lemm, Charlottenburg.

Besonders preiswertes Angebot

Handarbeiten

Häkelgarn Knäuel 5 g 1.75 10 g 2.75 20 g 5.25 25 g 6.00 50 g 9.75
Stopftwist in vielen Farben ..... Knäuel 70 Pf. 1.00 1.80 2.90
Strickbaumwolle schwarz und weiß 50-g-Lage 5.50
Frivolitätengarn ..... Knäuel 75 Pf.
Bulgaren-Wolle ..... Docke 1.35

Kurzwaren

Maschinengarn prima Qual. auf Holzrollen, schwz., weiß, farbig, 400 Mtr. 3.75 900 Mtr. 7.50
Seide auf Karten schwarz, weiß und farbig, 30 Mtr. 50 Pf. 150 Mtr. 2.25
Stopfgarn auf Karten 5 g 1.25 125 g 5.50
Stopfgarn auf Knäuel 5 g 1.25 10 g 2.25
Langetten weiß 3 Mtr. 95 Pf. farbig 3 Mtr. 75 Pf.
Zackenlitze weiß ..... 5 Mtr. 1.45
Damen-Strumpfhalter 3.45 2.85

Vorgezeichnete Handarbeiten

Reinleinen

Taschentücher Quadrate ..... Stück 5.25
Kissenecken Kissenstreifen ... Stück 7.50
Teewärmer Sachets ..... Stück 9.75
Kaffeewärmer Decken 60×60 cm ... Stück 18.50

Leipziger Str. Alexanderplatz III. Stock

Sehenswerte Ausstellung in Oster-Spielwaren

Leberwurst 2-Pfd.-Dose in Dosen, gute Qualität 3.90
Rindfleisch 2-Pfd.-Dose in Dosen, gute Qualität 9.25

Hermann Tietz

Kleide Dich billig, elegant!

Jackett-Anzüge Cutaways, Hosen teils auf Seide, früher bis 1200 Mk. jetzt für 400—500 Mk. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig! Nach beendeter Saison 50% herabgesetzt. Kreuzstiche, Zebel-, Blau-, Weiß-, Silberstiche. Keine Leihgebühren.

im Leihhaus Moritzplatz 58a

Künstliche Höhensonne

ein Heilmittel gegen Tuberkulose / Nervenleiden / Rheumatismus / Gicht / Ischias Bronchitis / Arterienverkalkung / Lungen-, Magen- / Nieren-Leiden / Hautkrankheiten Allgemeine Körper-Schwäche nach schwerer Krankheit und Operationen

Höhensonne-Institut Ultraviolett Kottbuser Tor

Inhaber: R. Kunze / Kottbuser Straße 1

In ½ Stunde beseitigen Sie unter Garantie jede Läuse-Plage auch Nissen, Brut (Nissen) d. Mensch u. Tier nur m. Eckolda Für Wunden u. Haar unschädl.

Garantiert sicher wirkende Radikalmittel gegen Wanzen Eckolda B | Kakerlaken Eckolda C | Holzwurm Eckolda D

In besseren d. d. Erste Weltd. Desinfektionsanstalt [illegible] Berlin in folgenden Depots: NW., Waldenserstr. 18. N., Reinickendorfer Str. 119, Brunnenstr. 90, Invalidenstr. 39, Brunnenstr. 157, Schönhauser Allee 82, Prenzlauer Allee 187. NO., Linienstr. 8. O., Kl. Andreasstr. 12, Petersburger Str. 88. C., Neue Promenade 2 am Bahnhof Börse. SO., Dresdener Str. 18, Brückenstr. 12. S., Kottbuser Damm 81/82. SW., Blücherstr. 1. W., Linkstr. 46, Bülowstr. 84. Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 135. Wilmersdorf, Berliner Straße 124. Schöneberg, Hauptstr. 21 am Rathaus. Tempelhof, Berliner Straße 52. Neukölln, Boddinstr. 65 am Rathaus. Treptow, Elsenstraße 108. Baumschulenweg, Baumschulenstr. 15/16. Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 1. Lichtenberg, Frankfurter Allee 257. Weißensee, Berliner Allee 19. Pankow, Breite Str. 40. Niederschönhausen, Bismarckplatz. Tegel, Berliner Straße 9 i. Reinickendorf, Residenzstr. 107. Spandau, Markt 9, Schönwalder Straße 80. Gen.-Bezirk und Postversand A. Mattick, N., Kastanien-Allee 78. — Weitere Wiederverkäufer gesucht.

Trauringe

Dukaten 900 gestempelt, Stück Mk. 120.— an
14 Karat 585 „ „ „ 70.— „
8 „ 333 „ „ „ 35.— „
Volle Garantie für Feingehalt, stets vorrätig am Lager
H. BOCK, BERLIN O., Andreasstraße 44,
eigenes Fabrikat. Fernspr. Alex. 3265 Neb.-Anschl.

Oster-Geschenke

Gute Bücher mit gediegenem Inhalt, in vornehmer Ausstattung sind die besten Geschenke

Reiche Auswahl bietet die

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8-9

Garderoben für Herren und Damen wie Anzüge, Cutaways, Kostüme, Mäntel usw. auf Teilzahlung Grebler, Weinbergsweg 4

Wir suchen dringend: Kupfer, Rotguß, Messing, Zink, Blei, Zinn, Lagermetall zu kaufen und zahlen hohe Preise Gerlach & Balgt Dresdener Str. 13/14. Mpl. 13[illegible]

Zahle die ganze Woche hohe Preise für Guß, Mess., Rotg., Blei, Zink, Zinn und Weißlagermetall. Tilsiter Straße 81.

Dringend! Gute Preise. Dringend!
Kupfer / Rotguß / Messing
Quecksilber
Zinn / Weißlager
Schulzendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6
Swinemünder Str. 109

Beachtet unsere Inserenten!

Betriebsräte • Gewerkschaften • Arbeiterräte
Arbeiterstiefel
gut durchrepariert, neu besohlt
Schnürschuhe Paar M. 35.—
Schaftstiefel Paar M. 55.—
zu haben
Eislebener Straße 11, Laden 4
Ecke Rankestraße * Nähe Bahnhof Zoo

Billige an Wald und Wasser gelegene Parzellen in Heiligensee bei Tegel.
Sehr guter Boden. Zu jeder Größe.
Anzahlung von M. 500 an. Günstige Abzahlung. Auskunft: Terrainsgesellschaft Heiligensee, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 26. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Heiligensee, Kirchstraße, Teilstrecke d. Tegel-Heiligensee Straßenbahn